



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

11. Sitzung vom 25. August 2025

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.11 Uhr

Leitung: Thomas Häfele Racin (Präsident)

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ralph Büchelin, Christoph D. Maier, Daniel Setz, Stephan Siegel

Präsident:



Thomas Häfele Racin

Protokoll:



Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP heisst seine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, die geschätzten Mitglieder des Gemeinderats und die Gäste herzlich willkommen zur ersten Sitzung des Einwohnerrats im neuen Amtsjahr 2025/2026, dem zweiten dieser dreizehnten Legislatur. Besonders möchte er die Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi begrüßen, den Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger, die Protokollführerin Linda Gerstner, den Weibel Wachtmeister Remo Bloch, den Abwart Daniel Platzgummer und die Vertreter der Medien.

Mitteilungen des Präsidenten

Der Präsident hofft, die Anwesenden haben erholsame und sonnige Sommerferien verbracht mit Zeit für Familie, Freunde, fürs Durchatmen und vielleicht auch mit etwas Abstand zur Politik. Er wünscht allen, dass sie mit frischer Energie, neuem Tatendrang und Freude an der Sache ins neue Ratsjahr starten können. Heute ist ein besonderer Moment für ihn, denn es ist das erste Mal seit 12 Monaten, und vermutlich das einzige Mal in diesem Amtsjahr, dass er als Präsident seine persönliche Meinung vor den Ratsmitgliedern äussern kann. Als Vizepräsident und nun als Präsident trägt man in den Sitzungen die Verantwortung für einen korrekten, fairen und effizienten Ablauf. Inhaltlich muss man sich jedoch zurückhalten, was teilweise sehr herausfordernd sein kann. Es gab im letzten Jahr manches Geschäft, bei dem es ihn in den Fingern gejuckt hat, vielleicht doch noch etwas zu sagen. Denn wie alle hier, hat auch der Redner eine Meinung, Überzeugungen und Argumente. Doch die Rolle des Präsidiums verlangt Zurückhaltung. Umso mehr wünscht er seiner Vizepräsidentin Nina Eldridge für das kommende Jahr gute Nerven, viel Geduld und auch etwas Humor.

Manche der Anwesenden waren vielleicht an der Bundesfeier am 1. August und haben die Rede des Einwohnerratspräsidenten gehört. Dort hat er die Bevölkerung von Binningen dazu aufgerufen, sich zu engagieren. Nicht nur als Konsumentinnen und Konsumenten unserer Gemeinde, sondern als aktive Mitgestalter. Denn Binningen lebt nicht von Verordnungen und Regeln, sondern von Menschen, die zuhören, mitreden und anpacken, die mitgestalten, sich respektieren und die mit Toleranz, aber auch mit Mut, die Herausforderungen unserer Zeit annehmen. Genau das wünscht er sich auch für das Binner Parlament. Ein Ort des Dialogs, ein Ort der Debatte und ja, auch ein Ort der Emotionen. Man darf sich ereifern mit Leidenschaft und Argumenten, aber immer mit Anstand und Respekt gegenüber den anderen Meinungen. In der jüngeren Vergangenheit haben die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte einige Besonderheiten erlebt, die nicht alltäglich sind wie z.B. ein Behördenreferendum oder eine ausserordentliche Einwohnerratssitzung. Das zeigt, dass unsere Demokratie lebt. Der Präsident freut sich auf viele spannende Diskussionen. Er appelliert aber auch an alle Anwesenden, die Debatten hart in der Sache zu führen, aber niemals persönlich oder unter der Gürtellinie. Die Gegenüber sind keine Gegner, sondern Mitstreiter in einem gemeinsamen Anliegen das Beste für Binningen zu erreichen.

Das Ratsreglement bietet vielseitige Möglichkeiten sich einzubringen. Der Votant lädt die Ratsmitglieder ausdrücklich ein, diese Instrumente zu nutzen mit durchdachten Vorstössen, konstruktiven Ideen und gescheiterten Anfragen. Er plädiert dafür, kreativ und engagiert zu sein, aber gleichzeitig sorgsam mit den parlamentarischen Mitteln umzugehen. Nicht jedes Anliegen muss zu Papier gebracht werden, nicht jeder Vorstoss soll eine Bühne für parteipolitischen Wahlkampf sein. Der Rat soll handlungsfähig bleiben. Er bittet darum, die Instrumente nicht zu missbrauchen, um den Rat oder die Verwaltung zu fluten und zu blockieren. Der Präsident freut sich sehr auf das Amtsjahr. Er freut sich auf die Beiträge aus dem Rat, auf die Diskussionen und die Beschlüsse. Er freut sich auch auf die Apéros nach den Sitzungen, wenn man gemeinsam anstossen kann in der Hoffnung, dass es nicht nur eine gute Debatte war, sondern auch gute Entscheide getroffen wurden. Entscheidungen, die Binningen weiterbringen und Entscheidungen, auf die das Parlament stolz sein kann. Denn darum geht es am Ende, dass die Ratsmitglieder gemeinsam über die Parteigrenzen hinweg, die Gemeinde ein Stück weit besser machen. Schritt für Schritt mit Respekt, Haltung und Freude an der Sache. Er dankt allen für ihr Engagement. Auf ein gutes und erfolgreiches Ratsjahr.

Präsenz

Für die Sitzung entschuldigt sind Christoph D. Maier, FDP, Daniel Setz, FDP, Ralph Büchelin, SP, und Stephan Siegel, SVP. Der Präsident möchte die Ratsmitglieder bei dieser Gelegenheit nochmals bitten, Abmeldungen frühzeitig an das ER-Sekretariat oder an ihn zu richten. Anwesend sind heute 36 Einwohnerinnen und Einwohnerräte. Das absolute Mehr liegt bei 19 Stimmen und das Zweidrittelmehr bei 25 Stimmen.

Bevor er zu den Geschäften kommt, möchte der Präsident eine Probeabstimmung durchführen. Als Neuerung und zur Schärfung des Wissens des Rats wird er jeweils zu Beginn der Einwohnerratssitzungen eine Rechtsfrage zur Geschäftsordnung des Einwohnerrats stellen. Die richtigen Antworten werden gesammelt und das Ratsmitglied mit den meisten richtigen Antworten am Ende des Amtsjahrs wird in der Juni-Sitzung mit einem Preis ausgezeichnet werden. Die heutige Frage für die Probeabstimmung lautet: «Wer wählt das Präsidium von Spezialkommissionen?». Ist es der Einwohnerrat (JA), das Büro des Einwohnerrats (NEIN) oder konstituiert sich die Spezialkommission selbst (Enthaltung)?

Die Probeabstimmung wird durchgeführt. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP teilt mit, die richtige Antwort wäre gewesen, dass das Büro des Einwohnerrats die Präsidien der Spezialkommissionen bestimmt. Er vermutet, dass die Ratsmitglieder über die Ferien nicht die Geschäftsordnung des Einwohnerrats gelesen haben.

Neue Vorstösse

Nr. 82, Anfrage G. Löhr, SP: Paradiesstrasse 1

Nr. 83, Interpellation R. Büchelin, SP: Tartanbahn Sportplatz Spiegelfeld

Nr. 84, Postulat L. Behrends, FDP: Prüfung eines automatischen Steuerrückvergütungsmechanismus in Binningen

Der Präsident informiert, dass die Antworten zur Anfrage bereits vorliegen. Möchten die Verfasser/innen ihre Vorstösse begründen?

Leon Behrends, FDP macht dies gerne. Hintergrund seines Postulats ist die Diskussion in der letzten Sitzung über die Ergebnisverwendung. Dort wurde leider eine Steuerrückvergütung abgelehnt. Hauptargument war, dass die Mittel für künftige Projekte und für irgendwelche Aufwände gebraucht werden. Der Postulant ist überzeugt, einen Verwendungszweck für Geld werde der Staat immer finden. Deswegen braucht es seiner Ansicht nach einen klar definierten Mechanismus, der im Voraus festlegt, dass nicht budgetierte Überschüsse ganz oder teilweise an die Steuerzahlenden rückvergütet werden. Damit lassen sich Begehrlichkeiten im Keim ersticken und eine liberale und haushälterische Finanzpolitik wird gesichert. Der Vorteil eines automatisierten Mechanismus liegt zudem in der Planbarkeit und Verlässlichkeit. Er macht den Umgang mit Überschüssen transparent und schafft Fairness für die Steuerzahlenden. Der Votant bittet die Anwesenden, dem Postulat zuzustimmen und den Gemeinderat zu beauftragen, Umsetzungsvarianten für einen solchen Mechanismus zu überprüfen.

Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 23. Juni 2025	
2. Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds der Immobilienkommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	81
3. Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 05.05.2025 Teilzonenplan Zentrum – Bericht der Bau- und Planungskommission	63/XII
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.04.2025 Investitionsausgaben für Hochwasserschutzmassnahmen am Dorenbach und Strassensanierung an der Dorenbachstrasse (Abschnitt Generationenhaus bis Neubadrain) Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	67
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.07.2025 Baukredite provisorische Aufrechterhaltung Werkhofstandorte Binningen und Erweiterung Sanitätsposten Bruderholzrain Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	15B
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.08.2025 Investitionskredit; Massnahmen zur Gewährleistung eines sicheren Betriebs der Schwimm- und Sporthalle Spiegelfeld Geschäftskreisführung: Marc Schinzel	80
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.05.2025 Rückständebericht 2025 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	68
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.04.2025 Interfraktionelles Postulat: Energiestrategie Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	49
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.05.2025 Postulat Mitte/GLP: Ausbau der öffentlichen E-Ladestationen in der Gemeinde Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	54
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.05.2025 Postulat Mitte/GLP: Bedarf an öffentlichen Toiletten im Dorfzentrum Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	55
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.05.2025 Interpellation C.D. Maier, FDP: Interessenbindung Areal Spiesshöfli Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	66

12.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.08.2025 Interfraktionelles Postulat: Vertretungsregelung Einwohnerrat Geschäfts- kreisführung: Caroline Rietschi	31
13.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.06.2025 Postulat St. Siegel, SVP: Vandalismus Geschäftskreisführung: Marc Schinzel	47
14.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.07.2025 Interpellation FDP: Rücksichtsloses und gefährliches Parkieren der E-Zweirä- der Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	56
15.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.08.2025 Interpellation St. Siegel, SVP: Budgetneutralität Überbrückungszahlungen Geschäftskreisführung: Stephan Appenzeller	58
16.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.08.2025 Motion Mitte/GLP: Biodiversität im öffentlichen Raum stärken Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	63
17.	Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 13.05.2025 Interpellation R. Büchelin, SP: Ranger/in Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	52
18.	Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 23. Juni 2025

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP teilt mit, beim Büro seien vorgängig keine Änderungsanträge eingegangen. Das Protokoll wurde unverändert vom Büro genehmigt.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wurde durch das Büro genehmigt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 81

Ersatzwahl eines stellvertretenden Mitglieds der Immobilienkommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028

Präsident Thomas Haefele, FDP informiert, Rahel Amacker sei als Ersatzmitglied der Immobilienkommission zurückgetreten. Er fragt die Mitte/GLP-Fraktion, wen sie als Nachfolger/in für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 nominieren.

Gian Kamber, Mitte/GLP schlägt namens seiner Fraktion Oliver Peter als Ersatzmitglied der Immobilienkommission vor. Oliver Peter ist seit Januar dieses Jahres im Einwohnerrat und schon seit längerem politisch aktiv in der Gemeinde Binningen.

Da keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen, kann eine Stille Wahl vorgenommen werden.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Oliver Peter, Mitte/GLP, wird für die restliche Amtsperiode als stellvertretendes Mitglied in die Immobilienkommission gewählt.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 63/XII

Teilzonenplan Zentrum – Bericht der Bau- und Planungskommission

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

BPK-Präsident Lewin Lempert, SP freut sich, den Anwesenden heute den BPK-Bericht zum Teilzonenplan Zentrum vorzustellen. Der neue Teilzonenplan ist für die Binninger Zentrumszone wegweisend. Er legt den Grundstein dafür, wie Binningen in 20, 30, ja auch in 50 Jahren aussehen wird. Diese Grundlage wurde in jahrelanger Arbeit durch den Gemeinderat, die Verwaltung und die Bevölkerung in vielen

partizipativen Workshops und Prozessen und auch durch die Eigentümer selbst im betroffenen Perimeter erarbeitet. Die heute geltenden Zonenvorschriften in der Zentrumszone stammen aus dem Jahr 1974. Sie sind also über 50 Jahre alt. Sie entsprechen nicht mehr der heutigen Zielsetzung einer sinnvollen Siedlungsentwicklung und erschweren den Eigentümern Investitionen. Gleichzeitig verhindert sie eine grüne, fussgängerfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raums. Die neue Zentrumsplanung soll daher die heute blockierte Situation lösen, neue Möglichkeiten eröffnen, dem Zentrum neue Impulse geben und langfristig das Gebiet aufwerten, indem z.B. Aufzonungen möglich werden oder auch neuer Grün- und Freiraum entstehen kann. Bei all diesen Arbeiten wurde immer das Ziel verfolgt: Bestand garantieren, Entwicklung ermöglichen.

Die BPK hat das Geschäft an insgesamt sieben Sitzungen vertieft geprüft und beraten. Grundsätzlich steht eine deutliche Kommissionsmehrheit hinter der grundsätzlichen Zielsetzung des vorgelegten Plans. Das bedeutet:

- 1.) Umsetzung der Siedlungsentwicklung nach innen
- 2.) Erhöhung der Siedlungs- und Wohnqualität
- 3.) Erhalten und Schaffen von attraktiven Fussgängerverbindungen
- 4.) Stärkung des Ortszentrums und
- 5.) Beseitigung von Entwicklungshemmnissen.

Nichtsdestotrotz hat die Kommission verschiedenste Themen eingängig diskutiert, zusätzliche Abklärungen getroffen und einige Anträge formuliert. Die Einzelheiten finden die Anwesenden im Bericht der BPK. Der Votant wird sich daher auf die wichtigsten Sachen beschränken. Zuerst hat die BPK geschaut, ob es aufgrund von Abzonungen bzw. Enteignungen mögliche Kostenfolgen für die Gemeinde gibt. Der Kommission wurde überzeugend dargelegt, das ist auch in den Unterlagen ersichtlich, dass grundsätzlich keine solchen Kostenfolgen für die Gemeinde zu erwarten sind.

Zweites Thema: Bevölkerungswachstum und Schulraumplanung. Der Planungsbericht geht bis 2037 von einem Zunahmepotenzial der Beschäftigten und der Bewohnenden im betroffenen Perimeter von ungefähr 600 Personen aus. Diese Prognose eines Bevölkerungswachstums kann allerdings nur eine Annäherung sein, die sich nicht exakt auf der Zeitebene verorten lässt. Denn es ist unklar, wie die rund 280 Parzellen in den nächsten Jahrzehnten durch die Eigentümer umgebaut werden oder was es für Neubauten gibt. Grundsätzlich sieht der Teilzonenplan einfach vor, dass diese Möglichkeiten geschaffen werden. Und wie schon erwähnt, gilt im Perimeter grundsätzlich Bestandesgarantie. Der Kommission wurde ausserdem dargelegt, dass die aktuell vorliegende Schulraumplanung unter Berücksichtigung dieses Teilzonenplans bzw. des Entwicklungspotenzials des Teilzonenplans Zentrum erstellt wurde. Ein weiteres Thema waren Vorgaben für Photovoltaikanlagen. Das war auch ein Teil der Prüfaufträge, die der Einwohnerrat der Kommission mitgegeben hat. Auf Bitte der BPK hat der Gemeinderat beim kantonalen Amt für Raumplanung nochmals nachgefragt, ob weitergehende Vorgaben betreffend Photovoltaik auf kommunaler Ebene zulässig sind, z.B. eine Pflicht zur Installation von PV-Anlagen, wenn man eine Dachsanierung vornimmt. Das ist nicht der Fall. Es gibt auf kantonaler Ebene einen Erlass, der diesen Sachverhalt abschliessend regelt. Auf kommunaler Ebene sind somit keine weitergehenden Vorschriften zulässig. Dies sind drei Themen, die ihm wichtig erschienen, sie nochmals mündlich zu erwähnen, weil es auch für die Kommissionsmitglieder, die den Bericht beraten haben, entscheidende Themen waren.

Der BPK-Präsident kommt nun gerne zu den Anträgen, die die Kommission formuliert hat und über die das Parlament im Anschluss an die Diskussion einzeln abstimmen wird. Drei Anträge hat die BPK formuliert. Es ist erstens ein Antrag zur Parzelle, auf der heute der Robi-Spielplatz ist. Der Teilzonenplan Zentrum sieht eine Änderung des Zwecks dieser Robi-Parzelle vor von heute «Spielplatz» zu neu «Spielplatz, Grünanlage». Es soll also in Zukunft auf dieser Parzelle nicht ausschliesslich Spielplatz-Nutzung zulässig sein. In der Kommission wurde beantragt, auf diese Zweckänderung zu verzichten und es aktuell beim alleinigen Zweck «Spielplatz» zu belassen. Begründet wurde der Antrag damit, dass es ohne gesicherten Alternativstandort für den Robi-Spielplatz verfrüht sei, schon jetzt zonenrechtliche Änderungen vorzunehmen und dass der Erhalt des Robi-Spielplatzes, Stand jetzt, oberste Priorität habe. Mit 7 zu 2 Stim-

men hat die Kommission eindeutig entschieden, dass bei dieser OEWA-Parzelle D Nr. 2923 auf die vorgesehene Zweckänderung zu verzichten sei und der alleinige Zweck «Spielplatz» festgesetzt werden soll.

Der zweite Antrag, den die BPK formuliert hat, bezieht sich auf die Gewerbenutzung. Der Votant versucht, sich einigermaßen kurz zu halten, da er davon ausgeht, dass noch politische Diskussionen folgen werden. Soweit er informiert ist, liegen dazu auch Anträge vor. Grundsätzlich geht es um die Frage, ob entlang der Hauptstrasse und der Baslerstrasse die zugewandten Teile des Erdgeschosses für Geschäftsnutzung vorbehalten sein sollen. In der Kommission wurden zwei Hauptargumente für und gegen diese Verpflichtung diskutiert. Auf der einen Seite steht klar die Eigentumsfreiheit und die Freiheit, als Eigentümer selbst darüber entscheiden zu können, ob eine Wohn- oder eine Gewerbenutzung in der eigenen Liegenschaft vorgesehen werden soll. Auf der anderen Seite stehen die Interessen des Binninger Gewerbes. Der Verein KMU Binningen-Bottmingen hat in seiner Stellungnahme zuhanden der BPK darauf hingewiesen, dass er eine Streichung des erwähnten Passus im Teilzonenplan als schädlich für das Gewerbe betrachtet insbesondere, weil Binningen als Wirtschaftsstandort schon seit längerer Zeit eher abgewertet werde und diverse Gewerbetreibenden bereits schliessen oder wegziehen mussten. Andererseits hätte, wie erwähnt, eine Vorgabe betreffend Geschäftsnutzung einen starken Eingriff in die Eigentumsfreiheit zur Folge und könnte möglicherweise Investoren abhalten. Dies würde auch das vom Gemeinderat verfolgte Ziel zur Beseitigung von Entwicklungshemmnissen torpedieren. Eine Kommissionsmehrheit vertritt daher die Ansicht, dass es möglichst wenig Regulierungen brauche, um die Eigentumsfreiheit hoch zu halten. Zudem hält die Kommissionsmehrheit fest, dass die vom Gemeinderat formulierte Ausnahmebestimmung in § 54 Abs. 2c aus juristischer Sicht widersprüchlich formuliert sei und so willkürliche Entscheidungen provoziere. Die Kommissionsmehrheit hat in Abwägung dieser Argumente mit knappen 5 zu 4 Stimmen beschlossen, § 18 Abs. 3 und die dazugehörige Ausnahmebestimmung in § 54 Abs. 2c zu streichen, also auf die Vorgabe betreffend Geschäftsnutzung ganz zu verzichten.

Der dritte Antrag, den die BPK formuliert hat, betrifft die sogenannten Vorplatzbereiche. Der Gemeinderat hat vorgesehen, dass die Nutzung von Vorplätzen als Parkplatz unzulässig ist. In der Kommission wurde dieses, vereinfacht gesagt, Parkplatzverbot auf Vorplätzen diskutiert. Eine Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass auch hier der Eingriff in die Eigentumsfreiheit der Grundeigentümer zu gross ist. Materiell wären praktisch nur Liegenschaften betroffen, die sich nicht an einer der beiden Kantonsstrassen, also nicht an der Baslerstrasse oder an der Hauptstrasse befinden, weil das kantonale Tiefbauamt auf Kantonsstrassen sowieso keine Parzellenzufahrten mehr zulässt und dort auf privatem Grund eigentlich keine Parkplätze mehr möglich sind. Die Kommissionsminderheit hat angeführt, dass Parkplätze auf Vorplätzen Trottoirs und gegebenenfalls Fahrradstreifen queren können. Dies kann zu Konflikten führen. Zudem besteht ein öffentliches Interesse an einigermaßen schön gestalteten Vorplätzen in der Zentrumszone ohne Parkplätze. Mit 5 zu 4 Stimmen hat die BPK beschlossen, den Satz «Die Nutzung als Parkplatz ist unzulässig.» in § 41 Abs. 1 zu streichen, also das Parkplatzverbot auf Vorplätzen fallen zu lassen. Neben den drei Anträgen gibt es noch weitere Anträge zu genehmigen, nämlich die neuen Baulinien. Diese sind aber aus Sicht der Kommission diskussionslos so zu genehmigen.

Der BPK-Präsident möchte sich an dieser Stelle ganz herzlich bei den Kommissionsmitgliedern bedanken. Alle haben sehr konstruktiv und immer offen für Diskussionen mitgearbeitet. Der neue Teilzonenplan Zentrum konnte auf Herz und Nieren geprüft und zusätzliche Abklärungen konnten vorgenommen werden. All dies war auch möglich dank der überaus konstruktiven Mitarbeit der Vertreterinnen und Vertreter sämtlicher Parteien. Gerade für ein derart grosses Geschäft wie die Neuentwicklung der Binninger Zentrumszone findet er es ein wertvolles Signal des funktionierenden Dialogs in unserer Gemeinde. Der Votant möchte sich dafür bedanken.

Stefan Kaiser, FDP bedankt sich namens seiner Fraktion bei der BPK für die Arbeit und die Bearbeitung dieses grossen Geschäfts wie auch für die Erstellung des ausführlichen Berichts. Wie die Analyse zeigt, ist es höchste Zeit, dass die Zonenvorschriften aus dem Jahr 1974 durch ein modernes und zeitgemässes Regelwerk ersetzt werden. Damit das Zentrum in Binningen weiterentwickelt werden kann und die

Eigentümer bereit sind zu investieren, braucht es vor allem eins und das ist Rechtssicherheit. Diese wird mit dem vorliegenden Teilzonenplan geschafft. Leider besteht auch der Drang zur Regulierung, z.T. Überregulierung von der linken Ratsseite in der Hoffnung, dass der Markt gelenkt, gesteuert oder gar bevormundet werden kann. Die letzten Jahrzehnte haben aber gezeigt, dass eine Planwirtschaft nicht viel Erfolg verspricht.

Die FDP steht für die Eigentumsrechte, die freie Marktentwicklung und setzt auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Die Fraktion möchte den Anwesenden anhand von drei Argumenten darlegen, weshalb die Anträge 2a und 2b, wie sie der Kommissionspräsident vorhin ausgeführt hat, zu unterstützen sind. Erstens: Eine Zwangsansiedlung von Gewerbe funktioniert nicht. Es braucht eine langfristige Standortentwicklung mit einer klaren Strategie. Aktuell fehlt beides in Binningen. Weder liegt eine Entwicklungsstrategie vor, noch lässt der Gemeinderat der Standortförderung die Bedeutung zukommen, die sie eigentlich verdient. Zweitens: Das Gewerbe braucht Konnektivität. Es muss zu Fuss gut erreichbar sein, einen guten ÖV-Anschluss haben. Zudem gibt es auch Konsumentinnen und Konsumenten, die lieber mit dem Auto anreisen und ins Geschäft einkaufen gehen. Die bisherige Parkplatzstrategie in Binningen zeigt jedoch, dass man nicht bereit ist, im öffentlichen Raum unmittelbar in der Geschäftsnähe für ausreichend Parkplätze zu sorgen. Eine gezielte Gewerbenutzung an der Hauptstrasse mag in Teilen Sinn machen. Dort gibt es Angebote. Aber ob Ärzte, Immobilienbüros und Take-away-Läden tatsächlich zur gewünschten Zentrumsfunktion und Belebung des öffentlichen Raums beitragen, ist doch in einigen Fällen fraglich. Eine Gewebepflicht an der Baslerstrasse hingegen macht aus Sicht der FDP gar keinen Sinn. Dort sind die Platzverhältnisse eng, es ist weder attraktiv noch sieht die Fraktion, wie es attraktiver werden könnte.

Drittens: Eine Gewebepflicht kann zu steigenden Wohnungsmieten führen. Die Immobilieneigentümer haben gewisse Renditeerwartungen, wenn sie investieren. Wenn sie gezwungen werden, schlecht vermietbare Gewerbeflächen zu realisieren, so wird diese Rendite über erhöhte Wohnungsmieten kompensiert. So verteuert die Politik aktiv den Wohnraum, was gerade von jenen Parteien betrieben wird, die sich doch auch sehr stark für bezahlbaren Mietraum einsetzen. Entwickelt sich der Markt hingegen organisch und steht eine reale Nachfrage nach Gewerbeflächen im Vordergrund, ist auch der Eigentümer gewillt, die Investition zu realisieren und nicht nur auf Druck der Politik. Aus diesen Gründen hat die Mehrheit der Kommission den Anträgen 2a und 2b zugestimmt. Die FDP empfiehlt, die beiden Anträge anzunehmen. Der Votant bittet die Anwesenden, es nochmals zu überdenken, in sich zu gehen, über ihren Schatten zu springen und der Kommissionsmehrheit zu folgen. Im Interesse des lokalen Gewerbes, für nachhaltig bezahlbaren Wohnraum und für mehr Vertrauen in den freien Markt dankt die Fraktion und unterstützt die Anträge der Kommission, der sie nochmals für die Ausarbeitung der Anträge dankt. Wenn sich in der Detailberatung herausstellt, dass sich der Rat bei diesen zwei Anträgen nicht durchringen kann und anderer Meinung ist, wird die FDP an den entsprechenden Stellen Zusatzanträge formulieren und auch begründen.

Olivier Kremo, SVP stimmt grundsätzlich zu, dass die Aktualisierung nötig ist. Daher ist der Teilzonenplan Zentrum wichtig. Trotzdem muss man dazu sagen, dass die SVP diesen auch kritisch sieht, denn der Plan führt zu deutlich mehr Einwohnern. Hochhäuser machen Binningen unattraktiv und mehr Einwohner bedeuten auch höhere Infrastruktur- und Sozialkosten. Zur Arbeit in der Kommission: Der Redner möchte Lewin Lempert und Rahel Amacker danken und das Kompliment zurückgeben. Sie haben die Kommission gut geleitet. In der Kommission gab es fünf Abstimmungen. Bei zwei davon wurde der Teilzonenplan Zentrum so belassen, wie er ist. Seine Fraktion freut sich zum einen, dass die Grünflächen im Hofbereich wie vorgesehen geblieben sind, während die Fassadenbegrünung zu komplizierten Vorschriften geführt hätte und daher einstimmig von der Kommission abgelehnt wurde. Wie der BPK-Präsident bereits erwähnt hat, sind die Anträge 3 und 4 resp. 5, die Kenntnisnahme, unbestritten. Der Redner möchte daher noch auf die Anträge 1, 2a und 2b eingehen. Bei Antrag 1 geht es um den Robi-Spielplatz. Wenn der Rat «Ja» stimmt und auf die Zweckänderung verzichtet, kann er damit verhindern, dass sich der Zolli auf dieser Fläche breitmachen kann. Es ist damit ein entscheidender Faktor zugunsten des

Robi-Spielplatzes. Die Argumente für den Robi-Spielplatz wurden bereits erwähnt. Wenn nun jemand sagt, es mache keinen Unterschied, ob man diese Zweckänderung jetzt mache oder nicht, dem möchte er entgegen, dass das ganze Theater um den Zolli zu grosser Unsicherheit bei den Betreibern des Robi-Spielplatzes, aber auch bei den Eltern und Kindern geführt hat. Das hat man am Jubiläumsanlass gesehen und auch an der Fasnacht gespürt. Sicherheit ist etwas Wichtiges. Er findet, man müsse diesen Menschen zeigen, dass Binningen hinter dem Robi-Spielplatz stehe und sie nicht Angst haben müssen, dass dieser verschwindet.

Zu Antrag 2a, zur Geschäftsnutzung: Das war für seine Partei ein schwieriges Thema, da es zwei wichtige Grundsätze der SVP betrifft. Zum einen liegen ihnen die KMU am Herzen und zum anderen ist ihnen auch die Freiheit des Eigentümers sehr wichtig. Als Pro für die Geschäftsnutzung spricht der Schutz der KMU und zum anderen würde es auch bedeuten, dass Binningen weniger neue Einwohner bekäme und damit weniger Infrastrukturkosten hätte. Contra-Argument ist die Freiheit des Eigentümers und vor allem auch die unbefriedigende Ausnahmeregelung, wenn man dann doch auf die Geschäftsnutzung verzichten dürfte. Leider kam von Seiten der Gemeinde kein vernünftiger Alternativ-Vorschlag. Das Dilemma seiner Fraktion konnte man, er denkt, dies könne man aufgrund des knappen Entscheids sagen, auch in der Kommission spüren. Daher hat Christian Schmid heute einen Antrag gestellt. Der Votant findet, es handle sich dabei um einen gut schweizerischen Kompromiss und zum anderen um einen guten Ausweg aus diesem Dilemma. Noch zu Antrag 2b bzgl. des Parkplatzverbots. Dazu gilt es zu sagen, dass man nicht wie erwähnt auf den Parkplatz verzichten oder etwas für Velofahrende oder Fussgänger machen wollte, sondern man wollte die Parkplätze damals nur für Elektrofahrzeuge zulassen. Der Kanton hat dies aber gestrichen und daher hat man das Verbot reingenommen. Das Verbot wäre aber ein massiver Eingriff in die Eigentumsfreiheit und gleichzeitig hätte niemand wirklich einen Nutzen davon. Es gibt bereits viele Bestimmungen, die in kritischen Fällen verhindern, dass Parkplätze überhaupt gebaut werden. Es wäre daher unfair, wenn man wegen des falschen Wohnorts oder wegen des falschen Immobilienbesitzes benachteiligt wäre gegenüber anderen in der Gemeinde.

Özlem Ipek-Avvisati, SP möchte sich bei der Gemeinde Binningen bedanken, die den Teilzonenplan Zentrum sehr detailliert und sorgfältig ausgearbeitet hat. In der BPK, deren Mitglied sie ist, wurde der Teilzonenplan intensiv diskutiert. Sie dankt allen Mitgliedern der Kommission für diesen konstruktiven demokratischen Prozess, auch Präsident Lewin Lempert. Die SP-Fraktion ist im Allgemeinen mit dem Zonenplan sowie dem Bericht zufrieden. Sie beantragen jedoch, Antrag 2, insbesondere Punkt a, nochmals zu diskutieren. Zu diesem Thema wurde auch die Meinung des Vereins KMU Binningen-Bottmingen eingeholt. Die Antwort war eindeutig und unterstützt die Nutzung der Erdgeschosse als Gewerbeflächen. Aus diesem Schreiben möchte die Rednerin einige Punkte vorlesen: «Die Hauptstrasse wird heute als Einkaufsstrasse und eigentliches Zentrum von Binningen wahrgenommen. Durch den Wegfall dieses Passus würde dieser Charakter allmählich verschwinden und sowohl Gewerbe wie auch Einkaufsmöglichkeiten würden langfristig verschwinden. Die Gefahr dieser Veränderung ist das Abwandern der Käuferschaft in das direkt angrenzende Basel, was sowohl von den Arbeitsplätzen her wie auch von den verloren gegangenen Steuereinnahmen durch die in Binningen erfolgten Verkäufe, sowohl für das Gewerbe wie für die Bevölkerung schlecht wäre.». Die Planung der Erdgeschosse als Geschäftsflächen wird nicht nur den Einkaufscharakter der beiden Hauptstrassen in Binningen erhalten, sondern durch grosszügige Raumhöhen und grössere Schaufenster auch die Qualität des öffentlichen Raums verbessern. Die Votantin möchte daran erinnern, dass die Gebäude, die man heute unter Berücksichtigung der aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen plant, möglicherweise jahrhundertlang unter sich verändernden Umständen bestehen bleiben werden. Daher plädiert die SP dafür, Punkt a des Antrags 2 abzulehnen.

Oliver Peter, Mitte/GLP dankt der BPK namens seiner Fraktion für die vertiefte Prüfung des Teilzonenplans Zentrum und die Erstellung des vorliegenden Berichts. Die Mitte/GLP dankt auch dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Mitwirkung in diesem Prozess. Freiheit endet dort, wo die Freiheit des Nachbarn beginnt. Zonenplanung ist ein Austarieren von Rechten, Pflichten und Interessen und zwar nicht nur zwischen räumlichen Nachbarn, sondern auch zwischen heutigen Ansprüchen und denen der

nächsten Generationen. Eine Zentrumszone zu planen ist nochmals anspruchsvoller, da es dabei sozusagen um unser gemeinsames Wohnzimmer in der Gemeinde geht. Daher werden die Grundeigentümer im Zentrum mit viel mehr Ansprüchen konfrontiert als die in anderen Quartieren. Aber die zentrale Lage macht ihre Liegenschaften ja auch besonders wertvoll. Eine dichte Bebauung mit möglichst durchgehenden Geschäftsfrenten auf Strassenniveau ist attraktiv für Passanten und damit für den Detailhandel, für Dienstleister und Gastrobetriebe. Der Wohnraum in den oberen Stockwerken sowie rück- und hofseitig kann urban werden und erweitert damit das attraktive Wohnangebot in Binningen.

Mit der vorliegenden Zonenplanung soll diese Situation längerfristig erreicht werden, um die Siedlungs- und Wohnqualität in Binningen zu erhöhen. Gleichzeitig wird das Ortsbild in der Kernzone geschützt. Die Mitte/GLP unterstützt daher den Antrag der BPK, den Teilzonenplan Siedlung Zentrum und das Teilzonenreglement Siedlung Zentrum auf dem jeweils vorliegenden Stand zu beschliessen. Die Fraktion unterstützt mehrheitlich Antrag 1 der Kommission, die Zweckbestimmung der Parzelle des Robi-Spielplatzes bis auf weiteres als Spielplatz zu belassen. Wenn die Pläne für die Erweiterung des Zoos dann einmal konkret werden und gleichzeitig eine für alle Betroffenen zufriedenstellende Alternative für den Robi gefunden wurde, kann die Zweckbestimmung dieser Zone immer noch geändert werden. Antrag 2 lehnt die Mitte/GLP hingegen ab, insbesondere Punkt 2a, die Streichung der Geschäftsnutzung von Erdgeschossflächen an Haupt- und Baslerstrasse. Weil Binningen kein eigentliches Gewerbegebiet hat, ist es sinnvoll, die Geschäftsnutzung an den zentralsten Orten festzuschreiben. Wegen des Synergieeffekts ist dies langfristig auch im Sinn der Liegenschaftsbesitzer und wo dies nicht der Fall wäre, sieht das Teilzonenreglement Ausnahmen vor. Schliesslich besteht sowieso eine Bestandesgarantie. Auch Punkt 2b des Antrags, die Streichung des Verbots der Nutzung des Vorplatzes in der Zentrumszone für Parkplätze, lehnt die Fraktion im Sinn einer attraktiven Zentrumsentwicklung ab. Die Anträge 3 bis 5 zur Anpassung der Baulinien und Kenntnissnahme des Planungsberichts mit der Beilage «Abgleich Siedlung und Verkehr» unterstützen sie wieder.

Peter Bertschi, Grüne/EVP teilt mit, die Grünen/EVP begrüssen grundsätzlich den neuen Teilzonenplan Zentrum. Sie erhoffen sich mit dem neuen Zonenplan, dass der ganze Zentrumsbereich, das Ortsbild und auch die Wohnqualität aufgewertet werden. Die Fraktion ist nicht so begeistert, dass die Gebäude entlang der Hauptstrasse grösser werden. Das gibt dann eine relativ hohe Baukultur im Dorfbereich, aber sie denken, dass durch die verdichtete, stadtnahe Bauweise die vorhandenen Grünflächen ev. ausserhalb dieser Zone erhalten werden können. Den Grünen/EVP ist ein lebendiges Zentrum mit Gewerbe, Gastronomie und auch schönem Wohnraum wichtig. Daher müssen dem Gewerbe ihrer Ansicht nach auch in Zukunft Räumlichkeiten im Dorfzentrum angeboten werden. Die Fraktion wird Antrag 2 des BPK-Berichts aus diesem Grund nicht zustimmen. Ihnen gehen aber auch die geplanten, verbindlichen Schutzmassnahmen für die z.T. sehr schönen, alten Häuser viel zu wenig weit. Es gibt im Dorfzentrum einige Häuser, die aus Sicht der Grünen/EVP den nächsten Generationen erhalten werden müssen. Sie geben zu bedenken, dass ein Abriss dieser Zeitzeugen unwiderruflich ist und dann auch für die nächsten Generationen nicht mehr zur Verfügung steht. Auch würden sie sich mehr Anreize wünschen, damit die Hausbesitzer die Fassaden freiwillig begrünen. Es geht darum, dass man Wärmebrücken oder Wärmeinseln zukünftig vermeidet und einen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Der Redner fasst zusammen: Grundsätzlich findet die Fraktion den Zonenplan gut. Ausser Antrag 2a werden sie allem zustimmen.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP bedankt sich für die eingebrachten Voten. Der BPK möchte er für die seriöse Prüfung dieses wichtigen Geschäfts herzlich danken. Es wurde erwähnt, man ist schon lange unterwegs mit diesem Geschäft. Es sind über 600 Eigentümer betroffen. Es ist wichtig, dass man nun ein Regelwerk festlegen kann, um für die nächsten Jahre gewappnet zu sein. Es ist daher wichtig, dass man sich einig wird, in welche Richtung es gehen soll.

Zu den verschiedenen Anträgen der BPK: Zu Antrag 1, der Zweckbestimmung «Grünanlage», die die Robi-Parzelle betrifft. Der Gemeinderat kann nachvollziehen, dass die BPK diese Weiterentwicklung aktuell noch nicht festlegen möchte und kann mit dieser Streichung leben. Es ist klar, dass das Thema

nochmals auf den Tisch kommen wird, wenn alle Fragen rund um die Entwicklung des Zollis und des Robi-Spielplatzes geklärt sind. Dann wird es eine separate Umänderung geben und es kann politisch nochmals diskutiert werden. Zu Antrag 2a, zur Streichung der Geschäftsnutzung: Der Gemeinderat hält an der Geschäftsnutzung fest, weil es aus öffentlichem Interesse wichtig ist, dass man dort Geschäftsflächen anbieten kann. Es geht um kurze Wege zwischen Wohnen und Einkaufen. Das kann gewährleistet werden, indem man an der Hauptstrasse und an der Baslerstrasse Gewerbenutzungen auf der strassenzugewandten Seite anbietet. Wenn man dies nicht macht und die Eigentümer selbst entscheiden, was sie machen möchten, ist das Risiko hoch, dass dort Wohnungen entstehen. Der Gemeinderat sieht das öffentliche Interesse für die Geschäftsnutzung höher gewichtet als für die privaten Interessen.

Bzgl. Antrag 2b, der Nutzung der Vorplatzbereiche als Parkplatz, ist es so, wenn man dies genehmigt und jemand einen Parkplatz erstellen möchte, würden auf der Allmend bis zu drei Parkplätze wegfallen, denn der private Parkplatz muss ja zugänglich sein. Es liegt nicht im öffentlichen Interesse, dass man auf der Allmend zwei bis drei Parkplätze streichen muss für einen privaten Parkplatz. Zudem gibt es Anliegen bzgl. Klimaanpassung. Ein begrünter Vorplatz ist für die Öffentlichkeit besser, weil er im Sommer den Hitzestau vermeidet und die Versiegelung nicht umgesetzt wird, sodass das Wasser versickern kann. Daher möchte der Gemeinderat dies nicht streichen. Hinsichtlich der Anträge 3 bis 5 bedankt sich der Gemeinderat bei der BPK für das Entgegenkommen, weil dort noch technische Anpassungen nötig waren. Diese konnten über die Kommission in den Einwohnerrat gebracht werden. Damit konnte Zeit gespart werden. Der zuständige Gemeinderat hofft, dass jetzt die richtigen Entscheidungen gefällt werden für die Zukunft der Zentrumszone.

DETAILBERATUNG

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP informiert, dass zurzeit ein schriftlicher Antrag der SVP vorliege. Er wäre dankbar, wenn die Antragsteller noch genau definieren könnten, wo im Reglement dieser Antragstext eingefügt werden soll und ob er zusätzlich oder ersetzend zu einem bestehenden Paragraphen oder Absatz eingefügt werden soll.

Christian Schmid, SVP äussert, der Antrag solle § 18 Abs. 3 und § 54 Abs. 2c ersetzen. Auf Nachfrage teilt er mit, der Antragstext solle einmal im Reglement stehen. Die bestehenden Absätze oder die Paragraphen, die neu eingefügt werden sollen – je nach dem, ob sie angenommen werden oder nicht –, sollen ersetzt resp. gestrichen werden, je nach Resultat der vorgängigen Abstimmungen.

Gaida Löhr, SP tut es weh, wenn sie von der rechten Ratsseite «Planwirtschaft» hört. Sie weiss nicht, in welchem Binningen Stefan Kaiser in den letzten Jahren gelebt hat. Planwirtschaft gab es hier nicht. Ein wenig Planung hingegen wäre ganz gut.

Sirin Hauri, Grüne/EVP möchte anfügen, dass ein Teil ihrer Fraktion auch Antrag 2b ablehnt. Es geht ihnen darum, dass man an der Planung einer attraktiven Zentrumszone ist. Oliver Peter hat es sehr schön gesagt. Es gibt etwas mehr Anforderungen im Zentrum als an einem anderen Ort, aber es gibt auch sehr viele Vorteile. Die Rednerin denkt nicht, dass es so schnell weniger attraktiv wird, im Zentrum Besitz zu haben. Hingegen wird es sehr unattraktiv, auf den Strassen wie der heutigen Curt-Goetz-Strasse zu Fuss zu gehen, wenn es sehr heiss ist. Es bestehen wenig Möglichkeiten z.B. auf der Strasse Grünraum zu schaffen. Wenn links und rechts einfach nur Parkplätze sind, dann wird es schwierig mit der Begrünung und der Klimaanpassung. Daher ist ein Teil der Fraktion dafür, dass man das Parkplatzverbot belässt.

Christian Schmid, SVP erläutert, der Antrag seiner Fraktion solle ein Kompromiss sein. Mit dieser Lösung würde niemand benachteiligt und das bestehende Gewerbe geschützt werden. Vielleicht nochmals kurz als Zusammenfassung die fünf wichtigsten Argumente. Erstens: Schutz der bestehenden KMU. Es gibt Planungssicherheit. Man muss sich als Unternehmen keine Sorgen machen, ob man auf den nächsten

Termin rausgeschmissen wird oder nicht. Zweitens: Es gibt Flexibilität für die Eigentümer. Das heisst, wenn jemand heute bereits eine Wohnung hat, dann kann er diese belassen. Wenn ein Gewerbe geht, muss der Eigentümer nicht 300 Sachen nachweisen und einen riesigen bürokratischen Aufwand betreiben. Drittens: Es gibt für die Eigentümer keine Benachteiligung gegenüber heute. Wenn jemand heute keine Gewerbepflicht hat und dann ab morgen eine hat, ist dies eine Art Enteignung, weil er weniger Möglichkeiten als Eigentümer hat. Viertens: Es vermeidet Leerstände. Es ist immer schade, wenn man leere Immobilien sieht. Es ist nicht effizient und bringt niemandem Ertrag, seien dies Steuern oder Einnahmen für die Vermieter. Fünftens: Das Gewerbe wird langfristig in Binningen bleiben, wenn die Nachfrage danach besteht. Staatlicher Zwang ist langfristig immer ineffizient. Der Votant ist überzeugt, mit dem Antrag hat man den Fünfer und das Weggli.

Karin Müller, SP findet, man habe nun viel gehört, auch vom Schutz der KMU und des lokalen Gewerbes. Sie ist der Ansicht, wenn man dies wirklich möchte, muss man Antrag 2a ablehnen. Die KMU haben sich gegenüber der BPK geäussert und klar gesagt, dass sie für diese Geschäftsnutzung sind und sie eigentlich gerne sehen würden. Die Rednerin findet, es sei daher der beste Einsatz für die KMU, wenn man ihrer Ansicht folge und Antrag 2a ablehne.

Roman Oberli, SVP wird manchmal nicht ganz schlau aus dem Gemeinderat. Noch im Mai hiess es, es gebe eine grosse Wohnungsnot in Binningen und es brauche zwingend den Wohnungsblock auf dem Birsig-Gelände. Nun heisst es, wenn man diese Gewerbefläche nicht vorschreibe, sei das Risiko hoch, dass neue Wohnungen entstehen. Ja, da fragt er sich schon. Er möchte noch einen zweiten Punkt ansprechen. Es wurde vorhin gesagt, wenn man einen privaten Parkplatz auf dem Vorplatz erhalten möchte, müsste man zwei bis drei öffentliche Parkplätze streichen. Eine gute Aussage. Es ist dann aber auch nur fair zu erwähnen, dass die linke Ratsseite sowohl Parkplätze auf privatem Grund wie auch öffentliche Parkplätze streichen möchte im Zusammenhang mit dieser Entwicklung.

Stefan Kaiser, FDP erklärt, wenn man einen Verband frage, dessen Bestimmungszweck es ist, ein Gewerbe zu fördern, dann ist die Antwort eigentlich klar, dass sie mehr Gewerbeflächen wollen, wenn sie vor der Frage stehen: «Wollen wir Gewerbefläche oder wollen wir sie nicht?».

Hubert Steffen, SVP ist überzeugt, dass die Attraktivität der Hauptstrasse ganz bestimmt mit den Parkplätzen verbunden ist. Wenn die Leute etwas Grösseres einkaufen, möchten sie es nicht im ÖV nach Hause schleppen. Wenn man keine Parkplätze für die Attraktivität der Geschäfte erstellt, dann schliesse sie. Man sieht es in Basel-Stadt, wo ein Geschäft nach dem anderen schliesst.

Sirin Hauri, Grüne/EVP möchte diesem Argument entgegen, dass man in Städten, die Fussgängerzonen erstellt und Parkplätze aufgehoben haben, mehrfach beobachtet hat, dass es den Gewerbetreibenden deutlich besser ging. Fussgänger und Velofahrer gehen nämlich mehr einkaufen. Autofahrer fahren eher vorbei. Klar, es gibt Personen, die auf das Auto angewiesen sind. Im Zentrum wird eine grosse Einstellhalle gebaut. Es gibt viele freie Parkplätze, auch öffentliche. Es ist nicht so, dass es keine gibt. Aber für das Gewerbe ist es attraktiver, weniger Parkplätze zu haben, so komisch dies auch tönen mag.

Roman Oberli, SVP antwortet, dies sei gut möglich. Aber das ist in grösseren Städten mit zigtausend Einwohnenden. Das kann man nicht einfach eins zu eins auf die kleine Gemeinde Binningen übertragen. Hier ist man noch sehr viel mehr auf das Auto angewiesen.

BPK-Präsident Lewin Lempert, SP möchte als Kommissionspräsident kurz etwas zur Parkplatzdiskussion sagen. Die BPK hat sich eingehend mit der Frage der Anzahl Parkplätze auf der Allmend beschäftigt. Diese ist von diesem Teilzonenplan nicht tangiert. Es geht ausschliesslich um private Parkplätze auf Vorplätzen. Das ist eine andere Diskussion und er fände es gut, wenn der Rat beim Geschäft bleiben würde, über das man redet.

Gaida Löhr, SP möchte das Votum von Sirin Hauri nachdoppeln. Grundsätzlich geht es auch um eine grössere Attraktivität der Hauptstrasse, von «unserem Wohnzimmer» wie es Oliver Peter genannt hat. Es geht um Attraktivität. Das ist nicht ein Auto, welches zum nächsten Geschäft fährt, anhält, aussteigt und wieder geht. Es geht darum, dass man versucht, die Hauptstrasse zu beleben. Es ist auch für das Gewerbe deutlich interessanter, wenn es viele Leute hat. Stefan Kaiser hat vorhin gesagt, wenn man die Gewerbler frage, wollen sie, dass mehr Gewerbefläche vorhanden ist. Logisch. Mehr Gewerbefläche heisst eben auch mehr Leute, die sich promenieren und einkaufen. In diesem Sinn findet es die Votantin ganz wichtig, dass man diesen Paragraphen stehen lässt.

Karin Glaser, Grüne/EVP fragt die Anwesenden, wenn man einmal ganz ehrlich die Hauptstrasse hoch und runter schaue, vor welchem Haus resp. Geschäft hätte es überhaupt Platz für Parkplätze? Das ist unten vor der Vista-Klinik, dort gibt es bereits öffentliche Parkplätze, und sonst müsste man das Auto tatsächlich auf das Trottoir stellen. Ihr scheint die Diskussion etwas überflüssig. Die Votantin würde sich persönlich sehr über neues Gewerbe in Binningen freuen, das vielleicht keine Physiotherapie, Arztpraxis oder Immobilien-Büro ist, sondern einfach ein toller Laden oder so. Sie hat aber den Eindruck, da müsse man sich noch etwas einfallen lassen, um Binningen diesbezüglich attraktiv zu machen. Womit man wieder bei einer möglichen Begründung wäre, die nett wäre, damit es auf der Hauptstrasse nicht so heiss ist.

Olivier Kremo, SVP bittet die Ratsmitglieder auf den BPK-Präsidenten zu hören. Es geht wirklich nicht um die Parkplätze auf der Allmend. Diese bleiben mit dem Teilzonenplan Zentrum. Die Kommission erhielt eine diesbezügliche Garantie des Gemeinderats resp. der Gemeinde. Das ist nicht betroffen. Es geht um ausserhalb. Ob man dort auf dem Vorplatz noch Parkplätze haben darf oder ob dies verboten wird. An den meisten Orten in der Gemeinde Binningen darf man einen Parkplatz auf dem Vorplatz haben. Daher findet er, es sollte auch in diesem Raum erlaubt sein, damit Gleichberechtigung herrscht.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP möchte noch zum Antrag der SVP Stellung beziehen. Wenn der Einwohnerrat das Reglement beschliesst und es durch den Regierungsrat rechtskräftig wird, gilt eine Bestandesgarantie. Es wird also noch nichts geändert durch das Gesetz. Die Änderung erfolgt erst, wenn der Eigentümer eine Nutzungsänderung eingibt von Gewerberaum zu Wohnraum. Erst dann wird es geändert. Daher ist der Antrag der SVP nicht wirklich greifbar. Es besteht keine Gefahr für die aktuellen Gewerbetreibenden, dass sie per sofort auf der Strasse stehen. Das gilt für alles, was im Zentrum steht. Bestandesgarantie wird hoch gewichtet.

Christian Schmid, SVP hat noch eine Frage an den Gemeinderat. Wie ist die Regelung, wenn es in drei Wochen einen Eigentümerwechsel gibt? Wie ist die Situation dann? Dürfte das Gewerbe dann rausgeworfen werden oder bleibt es weiterbestehen? Wie wäre es in diesem konkreten Fall?

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP erklärt, zuerst müsse das Reglement bewilligt, also in Kraft gesetzt werden. Ab dem Inkraftsetzungs-Zeitpunkt kann eine Nutzungsänderung eingegeben werden. Das ist ein Baugesuch, welches über das Bauinspektorat läuft, wo man eine Nutzungsänderung angibt. Erst wenn diese genehmigt ist, kann der Eigentümer es offiziell umsetzen. Innerhalb Wochenfrist geht gar nichts. Es ist ein Verfahren, das läuft, und erst wenn das Verfahren genehmigt ist, hat der Eigentümer die Nutzung geändert. Dann geht es ins Mietrecht. Dann ist die Frage, was für ein Mietvertrag mit der Gewerbeliegenschaft besteht. Das ist dann Privatrecht und kein öffentliches Recht mehr.

Christian Schmid, SVP bedankt sich beim zuständigen Gemeinderat für die Antwort. Die SVP möchte trotzdem an ihrem Antrag festhalten, weil es nochmals ein Schritt mehr ist. Wenn es einfach von einem Amt abhängig ist, besteht weniger Rechtssicherheit für das Unternehmen.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP tut es leid, aber sie muss trotzdem rasch eingreifen. Es ist nicht von einem Amt abhängig. Der Antrag bringt rein gar nichts. Wenn man § 18 Abs. 3 streichen möchte, wie es die BPK vorschlägt, dann hat man genau das Gleiche erreicht. Der Antrag bringt nicht

mehr, wie es Gemeinderat Philippe Meerwein bereits erläutert hat. Erst wenn das Reglement rechtskräftig in Kraft gesetzt ist, also nach Verabschiedung und Inkraftsetzung durch den Regierungsrat, entfaltet die neue Bestimmung –falls man es so verabschiedet, wie es der Gemeinderat beantragt hat mit dieser Geschäftsnutzung – eine Wirkung. Wenn man dagegen ist, dann kann man § 18 Abs. 3 streichen. Aber der Antrag der SVP bringt hier gar nichts. Es hängt nicht von einem Amt ab. Es hängt von der Genehmigung durch den Regierungsrat ab. Also die Genehmigung durch den Einwohnerrat, die Referendumsfrist muss ablaufen und dann die Genehmigung durch den Regierungsrat. Wenn es dann in Kraft ist, entfaltet es Wirkung. Das hat nichts mit irgendeinem Amt zu tun, das hier Willkür ausübt. Es ist lediglich der Rechtsetzungsprozess, der hier abläuft. Man kann gegen die Nutzung sein, wenn man das will, aber es reicht, wenn man für die Streichung von § 18 Abs. 3 ist. Es braucht nicht zusätzlich den Antrag der SVP, weil er schlicht keinen Mehrwert gegenüber der Streichung von § 18 Abs. 3 bringt. Dies einfach, damit das klar ist. Es ist ein wenig wie der weisse Schimmel. Es braucht ihn schlicht und einfach nicht. Es ist ein Pleonasmus.

ABSTIMMUNG

Da es keine weiteren Voten gibt, kommt der Präsident zur Abstimmung. Zu den Anträgen 1, 3, 4 und 5 der BPK liegen ihm keine Änderungsanträge vor. Allerdings liegen verschiedene Anträge zu Antrag 2a und 2b vor. Der Präsident möchte zuerst die Änderungsanträge zu Antrag 2a gegeneinander ausmehren. Es gibt zurzeit drei Anträge. Erstens: Der Antrag der BPK, dass der gesamte § 18 Abs. 3 und § 54 Abs. 2 lit. c gestrichen werden. Dann gibt es einen Antrag der SVP, dass § 18 Abs. 3 des Vorschlags des Gemeinderats ersetzt wird durch den Antragstext der SVP. Und dann liegt noch ein Antrag der FDP vor, dass man in § 18 Abs. 3 die drei Worte «und der Baslerstrasse» streicht, d.h. dass die Gewerbepflicht nur an der Hauptstrasse gilt, nicht aber an der Baslerstrasse.

Stefan Kaiser, FDP äussert, wenn man nun langsam zur Abstimmung komme, möchte er doch noch ein Wort zum Antrag sagen, den er vorhin eingereicht hat, dass man § 18 Abs. 3 stehen lässt und einfach die Baslerstrasse streicht. Wie er die Diskussion miterlebt hat, hat der Antrag der SVP wahrscheinlich keine grosse Zustimmung. Wenn man nun schaut, was im bestehenden, bisherigen Reglement steht, dann fällt die Baslerstrasse dort nicht unter diesen Gewerbeflächenzwang. Das kann man in § 5 Abs. 4 nachlesen, dort ist nur die Hauptstrasse erwähnt. Daher wäre es für die FDP in der Folge logisch, dass man bei der Hauptstrasse bleibt und die Baslerstrasse ausnimmt. Wenn man dort unten vor Ort nachschaut, ist es sehr eng. Auf der einen Seite ist es begrenzt durch die Tram. Dort gibt es sicher keine Begegnungszone. Auf der anderen Seite hat man, auch wenn man ums Schluss herumfährt, keine Möglichkeiten in schöne Schaufenster zu blicken und zum «Lädele» zu verweilen. Eine Gewerbefläche oder der Vorschlag, dass man die Erdgeschosse zur Strassenseite für das Gewerbe reservieren muss, macht daher wenn überhaupt an der Hauptstrasse Sinn.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP fasst nochmals zusammen. Es liegen drei Anträge vor. Der Antrag der BPK auf vollständige Streichung, der Antrag der FDP auf Teilstreichung, dass nur drei Wörter gestrichen werden, und der Antrag der SVP auf einen Ersatz von § 18 Abs. 3. Generell müssen zuerst die drei Anträge gegeneinander ausgemehrt werden.

Sirin Hauri, Grüne/EVP versteht nicht, was man stimmen muss, wenn man § 18 Abs. 3 nicht streichen möchte. Sollte man nicht zuerst darüber abstimmen, ob man § 18 Abs. 3 streicht oder nicht und dann über die Unterabsätze? Für sie macht das nicht viel Sinn, denn so kann man überhaupt nichts stimmen.

Präsident Thomas Haefele, FDP erklärt, dies sei richtig. Aber seines Wissens müssen zuerst die Anträge des Einwohnerrats gegeneinander ausgemehrt werden, bevor man danach den ausgemehrten Vorschlag dem Antrag des Gemeinderats gegenüberstellt. Er möchte den Antrag der BPK gegen den Antrag der SVP ausmehren. Der Antrag der SVP lautet: «Die Pflicht zur Geschäftsnutzung für bestehende Miet-

oder Pachtverhältnisse bleibt solange bestehen, wie die aktuellen juristischen oder natürlichen Personen an diesen Standorten ihr Gewerbe tatsächlich betreiben. Nach einer freiwilligen Beendigung des Miet- oder Pachtverhältnisses oder einer Geschäftsaufgabe durch die jeweilige Mietpartei wird die Nutzung der entsprechenden Flächen liberalisiert und kann künftig frei (inkl. Wohnen) gestaltet werden. Eine Kündigung durch die Vermieterschaft alleine löst keine sofortige Liberalisierung aus. Diese tritt erst dann in Kraft, wenn der Betrieb tatsächlich eingestellt ist.».

Sirin Hauri, Grüne/EVP schlägt vor, über die Anträge separat abstimmen zu lassen, nicht gegeneinander.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP führt aus, seines Erachtens sei das richtige Vorgehen, dass die Anträge aus dem Parlament, die Unteranträge, gegeneinander ausgemehrt werden, aber nicht bereits zu Beginn der Kommissionsantrag. Der Kommissionsantrag ist dann in der nächsten Hierarchiestufe und zum Schluss kommt noch der Gemeinderatsantrag. Das ist seines Erachtens richtig, aber er möchte sich nicht anmassen, hier die Führung zu übernehmen.

Ausmehren zu Antrag 2a

Antrag SVP: 7 JA

Antrag FDP: 25 JA

4 Enthaltungen (Abstimmung 02, vgl. Anhang).

Antrag FDP: 29 JA

Antrag BPK: 6 JA

Keine Enthaltungen (Abstimmung 03)

://: Der Antrag der FDP, Streichung der Baslerstrasse aus § 18 Abs. 3, obsiegt.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Antrag 1 der BPK: Einstimmig JA (Abstimmung 04)

Antrag 2a:

Antrag FDP: 16 JA

Antrag Gemeinderat: 20 JA

Keine Enthaltungen (Abstimmung 05)

://: Der Antrag des Gemeinderats obsiegt.

Antrag 2b:

Antrag BPK: 15 JA

Antrag Gemeinderat: 20 JA

Eine Enthaltung (Abstimmung 06)

://: Der Antrag des Gemeinderats obsiegt.

Antrag 3 der BPK: Einstimmig JA (Abstimmung 07)

Antrag 4 der BPK: Einstimmig JA (Abstimmung 08)

Antrag 5 der BPK: Kenntnissnahme.

- ://: 1. Der Einwohnerrat beschliesst den Teilzonenplan Siedlung «Zentrum» (Stand 17. Oktober 2024) mit folgender Änderung (in erster Lesung):
Die vorgesehene Zweckbestimmung «Grünanlage» in der OEWA-Parzelle D (Nummer 2923) wird gestrichen. Für dieses Areal gilt ausschliesslich die Zweckbestimmung «Spielplatz».
- ://: 2. Das Teilzonenreglement Siedlung «Zentrum» (Stand 12. Februar 2025) ist angenommen (in erster Lesung).
- ://: 3. Der Einwohnerrat beschliesst die Aufhebung der Baulinien gemäss «Mutationsplan Baulinien aufzuhebend (Plan 2 von 2)» (Stand 17. Oktober 2024) (in erster Lesung).
- ://: 4. Der Einwohnerrat beschliesst die neuen Baulinien gemäss «Mutationsplan Baulinien neu (Plan 1 von 2)» (Stand 17. Oktober 2024) (in erster Lesung).
- ://: 5. Der Einwohnerrat nimmt den Planungsbericht vom 9. Oktober 2024 und die Beilage zum Planungsbericht «Abgleich Siedlung und Verkehr» vom 10. Februar 2025 zur Kenntnis.
-

Traktandum 4

Gesch. Nr. 67

Investitionsausgaben für Hochwasserschutzmassnahmen am Dorenbach und Strassensanierung an der Dorenbachstrasse (Abschnitt Generationenhaus bis Neubadrain)

- ://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
-

GESCHÄFTSBERATUNG

Aline Glaser, Grüne/EVP führt aus, ihre Fraktion erkenne ausschliesslich Vorteile in diesem Projekt, da Synergien genutzt und die Schwammstadt vorangetrieben werden kann. Die Schwammstadt wirkt kühlend auf die Menschen, das Grün sorgt für eine bessere Lebensqualität und senkt die Überschwemmungsgefahr. Somit stimmen die Grünen/EVP beiden Anträgen für die Investitionsausgaben zu.

Karin Müller, SP äussert, wie es der Zufall wollte, gab es letzte Woche einen Starkregen, der dazu führte, dass der Dorenbach über die Ufer getreten ist. Es war davor schon unbestritten, aber nun ist es völlig klar, dass man diese Sanierung resp. diese Hochwasserschutzmassnahmen braucht. Es geht um eine weitere Etappe. Die Gemeinde Binningen hat bei diesem Projekt von Basel-Stadt und Baselland einen Kostenteiler von 10 Prozent zu übernehmen. Das sind die 255 000 Franken. Die Fraktion nimmt diesen Antrag zur Kenntnis. Für die mit dem Hochwasserschutz verbundene Sanierung der Dorenbachstrasse im Abschnitt Generationenhaus und Neubadrain, Stichwort: Synergien nutzen, beantragt der Gemeinderat 1,48 Mio. Franken. Dieser Strassenabschnitt ist nachgewiesenermassen sanierungsbedürftig. Es wird bei der Sanierung auch eine neue Strassenbeleuchtung geben und Massnahmen, wie die Entsiegelung von Boden und das Pflanzen von Bäumen sollen das Klima verbessern. Stichwort: Schwammstadt. Das findet die SP gut und stimmt Antrag 2 daher zu.

Lukas Jegge, Mitte/GLP bedankt sich für die Zusammenstellung der Unterlagen zu diesem Geschäft. Die Mitte/GLP erachtet das vorliegende Geschäft als wichtig. Gerade im Zug des Klimawandels macht diese Investition für den Hochwasserschutz am Dorenbach Sinn. Auch unsere Region wird in den nächsten

Jahren bzw. Jahrzehnten vermutlich nicht von Starkregenfällen verschont bleiben. Daher ist die vorausschauende Haltung sicher und begrüssenswert. Die Fraktion sieht im vorliegenden Projekt auch eine nachhaltige Investition in die Sicherheit und Zukunftsfähigkeit der Gemeinde. Das Projekt berücksichtigt auch ökologische Aspekte. Die Kosten, die für die Hochwasserschutzmassnahmen in diesem Zusammenhang anfallen, sind verhältnismässig. Da sich der Bund und die beiden Kantone, Baselland und Basel-Stadt, daran beteiligen, ist der Betrag für Binningen überschaubar. Dass in diesem Zusammenhang gleich noch ein Teil der Dorenbachstrasse im Abschnitt Generationenhaus und Neubadrain saniert wird, ist einleuchtend, zumal diese Strasse aufgrund des schlechten Strassenzustandsindex in den nächsten Jahren sowieso hätte saniert werden müssen. Die Mitte/GLP genehmigt beide Anträge.

Christian Schmid, SVP teilt mit, die SVP finde die Anträge sinnvoll und werde sie daher unterstützen.

Evelyne Treuthardt, FDP dankt für den ausführlichen Bericht. Die FDP nimmt Kenntnis von den Hochwasserschutzmassnahmen am Dorenbach und der Strassensanierung an der Dorenbachstrasse, Abschnitt Generationenhaus bis Neubadrain. Die Fraktion stimmt der Bewilligung der Investitionsausgabe von 1,48 Mio. Franken zu.

Olivier Kremo, SVP hat noch eine kleine Korrektur. Dass das Altersheim unter Wasser gesetzt wurde, hatte mit der Baustelle zu tun und war keine normale Überschwemmung. Daher seine Frage: Hat dies Folgen für die Gemeinde oder ist man da sicher?

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die positiven, zustimmenden Voten. Sie kann Entwarnung geben. Nein, es hat keine Konsequenzen für die Gemeinde.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Kenntnisnahme.

Antrag 2: Einstimmig JA (Abstimmung 09)

BESCHLUSS

-
- ://: 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Hochwasserschutzmassnahmen am Dorenbach, Abschnitt «Generationenhaus» und «Neubadrain», sowie von einer Investitionsausgabe gemäss Kostenvoranschlag von CHF 255'404 (Kostengenauigkeit +/- 10 Prozent) zu Lasten der Konten 7410.5020.04 und 7410.5020.02.
- ://: 2. Für die Strassensanierung der Dorenbachstrasse, im Abschnitt «Generationenhaus» und «Neubadrain», bewilligt der Einwohnerrat zu Lasten der Konten 6150.5010.14 und 6150.5010.12 gemäss Kostenvoranschlag eine Investitionsausgabe von CHF 1,48 Mio. (Kostengenauigkeit +/- 10 Prozent).
-

Traktandum 5

Gesch. Nr. 15B

Baukredite provisorische Aufrechterhaltung Werkhofstandorte Binningen und Erweiterung Sanitätsposten Bruderholzrain

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP informiert, es liege ein Ordnungsantrag der FDP vor, dass das Geschäft an die BPK überwiesen werden soll. Er bittet die Antragsteller um Begründung.

Brigitte Schori, FDP teilt mit, eine Mehrheit der anwesenden Fraktionsmitglieder der FDP sei für eine Überweisung gewesen, aber nicht alle.

Stefan Kaiser, FDP möchte noch kurz eine weitere Begründung abgeben. In den letzten Debatten, auch in den letzten Jahren, wurden abendfüllende Diskussionen über Beträge von wenigen tausend Franken geführt. Jetzt geht es um Millionen, die man sofort ausgeben will. Auch wenn das Geschäft Sinn macht, ist es für einen solchen Betrag aus Sicht der FDP doch nötig, dass das Geschäft durch eine kurze Kommissionsberatung geht, bevor der Rat grob 4 Mio. Franken einfach so bewilligt. Die Dringlichkeit, die immer wieder angeführt wird, ist nicht zwingend gegeben. Wenn man das Geschäft jetzt in der Kommission berät, kann es durchaus auf die nächste oder übernächste Sitzung wieder bereit sein. Es ist nicht so, dass mit einem Schockanruf gerechnet werden muss: «Das eilt und wir brauchen Geld, also geben wir aus.». Man kann durchaus noch kurz schauen, ob das alles Hand und Fuss hat.

Karin Müller, SP widerspricht ihrem Vorredner. Die Dringlichkeit ist aus ihrer Sicht sehr gross. Die SP ist strikt gegen eine Überweisung des Geschäfts in die BPK. Es ist lediglich eine weitere Verzögerung. Sie kann nur wiederholen, was ihr Kollege Lewin Lempert schon im September letzten Jahres gesagt hat. Nämlich, dass Projekt um Projekt bekämpft wird, bis man am Punkt ist, wo man staatliche Leistungen an Private auslagern oder ganz streichen kann. Das war ein Vorschlag beim letzten Mal. Das ist eine Taktik, die die Votantin nicht unterstützen möchte. Der Rat hat übrigens schon damals eine Überweisung in die BPK abgelehnt. Sie ist der Ansicht, dies sei auch jetzt nicht nötig. Der Kredit für das Vorprojekt plus war genehmigt und jetzt liegt eine schöne, detailliert ausgearbeitete Vorlage vor. Ihre Fraktion spricht sich gegen die Überweisung aus.

Roman Oberli, SVP kann seine Vorrednerin in gewissen Punkten verstehen. Sein Votum bezieht sich jetzt auch ausschliesslich auf Antrag 3. Dieser sorgt bei seiner Fraktion nach wie vor für Unmut. Es ist der SVP immer noch rätselhaft, warum aufgrund einer reinen Annahme der Sanitätsposten beim Schulcampus Dorf damals nicht weiterverfolgt wurde. Der Fraktion stellt sich an dieser Stelle die Frage, ob es nicht einen anderen Standort geben kann. Daher wären sie offen für eine Überweisung in die BPK oder, wenn es jetzt weitergehen soll, später, wenn das Geschäft abgeschlossen ist, in die GPK.

ABSTIMMUNG

Überweisung in BPK: 14 JA / 21 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 10)

://: Die Überweisung des Geschäfts in die BPK wird abgelehnt.

GESCHÄFTSBERATUNG

Roman Oberli, SVP spricht der Gemeinde den Dank seiner Fraktion für die Ausarbeitung des Geschäfts aus. Die SVP hat bereits bei der letzten Diskussion im Rat betont, dass sie für die Arbeitssicherheit am bestehenden Standort einsteht. Daher können sie Antrag 1 getrost zustimmen. Auch Antrag 2 kann die Fraktion zustimmen, nachdem nun mehrfach versprochen wurde, dass es sich bei den Erhaltungsmaßnahmen bei der Gärtnerei nicht um einen schleichenden Ausbau des Werkhofs beim Friedhof handelt. Bei Antrag 3 wären sie offen gewesen für eine Überweisung in die BPK. Die SVP findet es schwierig, bei einem so grossen Betrag anhand von Annahmen zu planen. Deswegen würden sie sich nach Abschluss der Geschäfte tendenziell eine Begutachtung durch die GPK wünschen. Zu Punkt 4 haben sie keine Einwände und stimmen dem Antrag zu.

Karin Müller, SP erläutert, die SP sei der Meinung, dass es sich bei dem Geschäft um eine sorgfältige und detailliert ausgearbeitete Vorlage handelt. Auch die Integration einer Photovoltaikanlage macht Sinn. Die Fraktion befürwortet dies sehr. Die Werkhofmitarbeitenden brauchen dringend, daher ist für die Rednerin die Dringlichkeit gegeben und ihre Fraktion sagt dies nicht erst seit 2 Jahren, sichere und zeitgemässe Arbeitsplätze. Die Mitarbeitenden haben ein Recht darauf und warten schon viel zu lange. Der Zustand ist unhaltbar und unzumutbar. Die Sanierungsmassnahmen müssen nun ohne weitere Verzögerungen an die Hand genommen werden. Die Fraktion möchte sich nicht weiter im Kreis drehen und stimmt allen Anträgen zu. Der SP scheint es auch müssig, wenn man sich noch über den Sanitätsposten aufregt. Der Sanitätsposten passt aus ihrer Sicht sehr gut an diesen Standort. Es gibt ja bereits einen, den man einfach erweitern kann. Daher stimmt die Fraktion auch diesem Antrag zu.

Karin Glaser, Grüne/EVP führt aus, nachdem ein Neubau des Werkhofs abgelehnt wurde, müssen die verschiedenen bestehenden Werkhofareale so instandgesetzt resp. instandgehalten werden, dass man dort gut arbeiten kann und die Gebäude in Schuss sind. Das kostet. Genau wie ein Neubau, einfach in Raten. Jetzt muss in die Aufrechterhaltung des Werkhofs investiert werden. Irgendwann, irgendwo und irgendwie wird wahrscheinlich trotzdem einmal ein Neubau nötig sein. Auch dies wird wieder kosten. Der Sanitätsposten ist eine kantonale Vorgabe, die es zu befolgen gilt. Also muss dieser unbedingt in Schuss gehalten werden. Auch die Pflichtplätze müssen eingehalten werden, daher ist eine Erweiterung sowieso nötig und offensichtlich können bauliche Synergien genutzt werden. Das muss unbedingt berücksichtigt werden. Eine Photovoltaikanlage ist ein absolutes Muss auf Flachdächern und Dächern, die sich dafür anbieten. Es ist zeitgemäss und nachhaltig. Das begrüsst die Fraktion sehr. Die Grünen/EVP möchten das Geschäft nicht noch in die BPK schicken. Das hat sich nun aber sowieso erledigt. Es würde die ganze Geschichte in die Länge ziehen. Wenn man schon auf die Kosten schauen möchte, so kostet doch jede Kommissionsberatung Geld. Die Fraktion nimmt alle Anträge an.

Oliver Peter, Mitte/GLP bedankt sich beim Gemeinderat und den involvierten Stellen für die Abklärungen und die Ausarbeitung der vorliegenden Vorprojekte. Das Werkhof-Team braucht zweckmässige, sichere und vorzeigbare Infrastrukturen. Das ist unbestritten. Ein kompletter Neubau oder Umzug ist in den nächsten 10 Jahren vermutlich unrealistisch. Daher ist die Fraktion froh, dass nun ein Plan vorliegt, der im Rahmen des Möglichen mehrere Massnahmen kombiniert, die bis auf Weiteres einen vernünftigen Weiterbetrieb des Werkhofs ermöglichen. Die Mitte/GLP befürwortet ausdrücklich die Installation von Solarpanels und Ladestationen am Standort Margarethenstrasse im Hinblick auf die mittelfristige Elektrifizierung der Fahrzeugflotte der Gemeinde. Es scheint gerade in diesem Fall sowohl ökologisch wie auch ökonomisch lohnenswert zu sein. Die Fraktion unterstützt auch die gleichzeitige Ausführung der geplanten Erweiterung des Sanitätspostens, um dadurch Kosten zu sparen. Im Quartier unterhalb des Standorts Margarethenstrasse wird durch die teilweise Betriebsverlagerung ein gewisser Mehrverkehr entstehen. Gemäss den Analysen handelt es sich aber um relativ wenig Fahrten pro Stunde und diese meist nur an den Werktagen zu den üblichen Arbeitszeiten. Das hält die Fraktion für zumutbar und die Kostenvoranschläge erscheinen ihr realistisch. Darum unterstützt die Mitte/GLP alle vier Anträge des Gemeinderats.

Brigitte Schori, FDP erläutert, die Aufrechterhaltung des Werkhofstandorts sei notwendig, um den Betrieb sicher zu stellen, ebenso die Verlagerung der Gemeindegärtnerei. Durch die Erweiterung des Sanitätspostens in Koordination mit dem Werkhofprojekt werden Synergien und Ressourcen genutzt. Die Infrastrukturinvestition ist notwendig im Zusammenhang mit der neuen Verordnung über die Koordination im Bereich der Sanitätsdienste zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kanton. Die Erstellung der Photovoltaikanlage entspricht der Energiestrategie und ermöglicht das Laden der E-Fahrzeuge des Werkhofs. Aus diesen Gründen ist ein Teil der Fraktion für die Bewilligung der Anträge 1 bis 4.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP dankt für die positiven Voten. Es freut sie, dass man nach vielen, vielen Diskussionen im Zusammenhang mit dem Werkhof und diesen Standorten heute vermutlich resp. hoffentlich einen entscheidenden Schritt weiterkommt. Sie möchte nicht viel länger werden, da

die Voten sehr zustimmen sind. Ihr Gemeinderatskollege Marc Schinzel möchte sich aber noch zum Sanitätsposten äussern.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP äussert, zum Sanitätsposten habe man schon verschiedentlich Diskussionen geführt und immer wieder gefragt, ob es nötig und sinnvoll sei, den Sanitätsposten zu machen. Zuerst muss man festhalten, die Diskussion, ob der Sanitätsposten besser im Bereich des Schulcampus Dorf wäre, ist müssig, denn dort kann er nicht bleiben. Das wurde ganz klar festgestellt. Er muss dort weg, weil es eine Kollision mit der Einfahrt in die Parkgarage gibt. Es braucht also einen neuen Standort. Im Rahmen dieser notwendigen Sanierung des Werkhofs hat man nun die Chance, den Sanitätsposten am Bruderholzrain an einen bestehenden Sanitätsposten anzuschliessen. Das ist ein Synergieeffekt, wie es im Rat bereits erwähnt wurde. Es spart Kosten und ist die beste Lösung, die man jetzt machen kann. Wenn man den Sanitätsposten jetzt nicht dort erstellt, würde man nichts gewinnen, sondern nur verlieren. Der Sanitätsposten muss erstellt werden. Das ist Bundespflicht und kantonale Pflicht. Dazu ist die Gemeinde verpflichtet. Es ist aufgrund der heutigen Situation der internationalen Lage klar, dass man unbedingt in die Sicherheit der Bevölkerungsschutzmassnahmen investieren muss. Da muss man einen Zahn zulegen, das zeigt die internationale Situation. Wenn man hier nichts machen würde, müsste man einen anderen Standort suchen. Der Votant wüsste nicht, wie schnell das gehen würde und wo dieser Standort wäre. Zudem würde es teurer werden. Man hätte dann ganz sicher mehr Kosten, als man jetzt hat, wenn man die Synergien nutzen kann. Daher appelliert er an die Ratsmitglieder, unbedingt auch diesem Teil des Sanierungsprojekts zuzustimmen.

Olivier Kremo, SVP hat eine kurze Frage an die Gemeindepräsidentin. Sie hat vor ein paar Monaten gesagt, die Suche nach einem neuen Standort sei bereits im Gang. Gibt es schon neue Erkenntnisse? Sind diese allenfalls schon in das Geschäft eingeflossen oder ist das unabhängig davon?

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP antwortet, die Gemeinde sei in der Tat daran, denn man ist hier am Ertüchtigen und nicht am Bauen für die nächsten 50 Jahre. Möglichkeiten gibt es nicht so viele in Binningen. Das muss man sich bewusst sein. Es gibt einige wenige Standorte, die in Frage kommen. Aber in dieses Geschäft ist das in diesem Sinn nicht eingeflossen, weil die bestehenden Standorte für einen Neubau nicht in Frage kommen. Es sind andere Orte, die nicht mitten im Zentrum liegen, sondern eher etwas peripher. Aber das sind die Möglichkeiten, die die Gemeinde hat. Wenn sich nicht irgendwo plötzlich ein Areal auftut, dann bleibt es bei ein bis zwei Möglichkeiten, die geprüft werden können, wo man aber auch schauen muss, ob man überhaupt an das Land kommt und ob man dort etwas bauen kann. Es stellen sich also alle Fragen wieder, die man mit den bestehenden Optionen, die man hatte, bereits geprüft hat. Der Gemeinderat steht «am Anfang». Es sind Standorte, die schon einmal in der Evaluation waren, unter anderem z.B. Holzmatt, wo sich dann auch wieder Leute dagegen wehren werden. Das ist der Stand. Es gibt noch nichts Konkretes, daher ist es dringend, dass die bestehenden Standorte ertüchtigt und weiterhin nutzbar gemacht werden können.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: 30 JA / 4 Enthaltungen (Abstimmung 11)

Antrag 2: 31 JA / 4 Enthaltungen (Abstimmung 12)

Antrag 3: 25 JA / 4 NEIN / 7 Enthaltungen (Abstimmung 13)

Antrag 4: 31 JA / 1 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 14)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat bewilligt für die provisorische Aufrechterhaltung des Werkhofstandorts Parkstrasse 29 zu Lasten des Kontos 6150.5040.05 eine Investitionsausgabe von CHF 1,1 Mio. inkl. MwSt. mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent für die Umsetzung der eruierten

baulichen Massnahmen.

- ://: 2. Der Einwohnerrat bewilligt für die provisorische Aufrechterhaltung der Gemeindegärtnerei bei den Anlagen am Friedhof zu Lasten des Kontos 6150.5040.06 eine Investitionsausgabe von CHF 1,7 Mio. inkl. MwSt. mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent für die Umsetzung der eruierten baulichen Massnahmen.
- ://: 3. Der Einwohnerrat bewilligt für die Erweiterung des Sanitätspostens am Bruderholzrain zu Lasten des Kontos 1620.5040.02 eine Investitionsausgabe von CHF 1,15 Mio. inkl. MwSt. mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent für die Umsetzung der eruierten baulichen Massnahmen.
- ://: 4. Der Einwohnerrat bewilligt für die Erstellung einer Photovoltaik-Anlage auf den bestehenden Gebäuden an der Margarethenstrasse zu Lasten des Kontos 8730.5040.08 eine Investitionsausgabe von CHF 96 400 inkl. MwSt. mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent.

Traktandum 6

Gesch. Nr. 80

Investitionskredit; Massnahmen zur Gewährleistung eines sicheren Betriebs der Schwimm- und Sporthalle Spiegelfeld

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Präsident Thomas Haefele, FDP liegt ein Ordnungsantrag der FDP vor, dass dieses Geschäft in die BPK überwiesen wird. Er bittet die Antragsteller um Begründung.

Stefan Kaiser, FDP erläutert, genau wie beim vorherigen Geschäft gehe es auch hier um einen namhaften Betrag, den man nach Ansicht seiner Fraktion kurz in der BPK besprechen sollte. Er wehrt sich dagegen, wie es vorhin gesagt wurde, dass es eine Verzögerungs- oder Streichungstaktik sei. Es ist unbestritten, dass, wenn etwas gemacht werden muss und es gefährlich ist, dann muss man es machen. Wenn der Gemeinderat aufgrund des Sicherheitsarguments zum Schluss kommt, dass es dringend sei, jetzt etwas zu machen und sonst gemäss seiner Risikobeurteilung gefährlich werden würde, dann findet der Redner dies etwas fadenscheinig. Denn wenn es wirklich gefährlich wäre, dann könnte man die Halle schon jetzt nicht mehr nutzen. Dann müsste man sie per sofort für die Schüler/innen wie auch für die Vereine sperren, damit nichts passiert. Dann wäre es irrelevant, ob die Kommission noch einen Monat Zeitrahmen diskutieren würde, ob es, so wie es vorliegt, gut ist oder nicht, und ob man es dem Rat unterbreiten kann. Wenn der Gemeinderat aufgrund der Risikobeurteilung aber zum Schluss kommt, man könne es noch laufen lassen bis zum Sanierungstermin, dann kommt es auf einen Monat mehr nicht an. Die Bagger werden nicht in den nächsten drei Wochen auffahren.

Gaida Löhr, SP teilt mit, die SP sei gegen eine Überweisung des Geschäfts in die BPK. Auch sie sind es aus den gleichen Gründen wie beim Geschäft davor. Die Fraktion ist der Meinung, man müsse nicht einfach blindwütig jedes Baugeschäft in die BPK überweisen, wenn man das Gefühl hat, die Vorlage sei, so wie sie vorliege, gut ausgearbeitet. Bzgl. Dringlichkeit: Ob es für die Schülerinnen und Schüler ein Risiko ist, dort Fussball zu spielen oder ob es einfach schlichtweg sehr schlechte Zustände sind, die SP ist der Meinung, es sei dringend, dass man dort etwas mache.

ABSTIMMUNG

Überweisung in BPK: 7 JA / 27 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 15)

GESCHÄFTSBERATUNG

Gian Kamber, Mitte/GLP legt dar, die Mitte/GLP erachte die geplanten Investitionen als zwingend notwendig, um den sicheren Betrieb der Schwimm- und Sporthalle Spiegelfeld auch in den kommenden Jahren gewährleisten zu können. Besonders dringend erscheint der Fraktion vor allem die Sanierung des Flachdachs. Ohne Reparatur drohen Folgeschäden, die später deutlich teurer werden würden. Ebenso zentral ist für sie die Erneuerung der Wasseraufbereitung. Sie garantiert die Hygiene und die einwandfreie Nutzung der Anlage durch alle Besucherinnen und Besucher in Binningen. Die Umrüstung auf eine moderne Beleuchtung spart nicht nur Energie, sondern verbessert auch die Sicherheit und Qualität der Nutzung. Sehr erfreulich findet die Mitte/GLP den Bau der Photovoltaikanlage. Sie leistet einen klaren Beitrag zu den Klimazielen und zu einer nachhaltigen Energieversorgung in der Gemeinde. Die Sport- und Schwimmhalle Spiegelfeld ist ein wichtiger Treffpunkt für Schulen, Vereine wie auch für Familien. Ihr Erhalt kommt der gesamten Bevölkerung in Binningen zu Gute. Die Fraktion wird daher dem Antrag des Gemeinderats folgen.

Marco Giani, FDP erklärt, die FDP sei in punkto Zwischensanierung geteilter Meinung, daher hat sie Stimmfreigabe beschlossen. Als Einwohnerrat, der sich für die Binninger Bevölkerung einsetzen möchte, ist der Votant aber klar dafür, dass Investitionen, die einen Beitrag für Bewegung, Gesundheit, Jugend, Senioren und Kultur leisten, wenn immer möglich bewilligt werden sollten. Es ist Zeit, dass man bzgl. dieser Themen den Einwohnerinnen und Einwohnern etwas zurückgibt. Die diesbezügliche Infrastruktur in der Gemeinde ist teilweise veraltet, nicht mehr überall zweckmässig und z.T. auch zu klein. Gesundheit, Sport und Bewegung sind enorm wichtig und das soll in entsprechend sicheren und zweckmässigen Anlagen geschehen. Die Investitionen sind aus seiner Sicht nötig und dringend. Sie kommen den Binninger Vereinen, Schulen und allen Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Senioren zu Gute, also uns allen. Vor den Sommerferien wurde im Rat über Steuerrückvergütungen diskutiert. Der Redner vertritt die Ansicht, dass man aufgrund der Überschüsse nicht zwingend Steuern zurückzahlen, aber das Geld, wenn es die Möglichkeit gibt, für die Binninger Bevölkerung einsetzen sollte, z.B. in Form von Investitionen in Jugend, Sport, Kultur oder eben Senioren. Die Schwimm- und Sporthalle fällt für ihn ganz klar unter diesen Aspekt. Er möchte aber auch erwähnen, dass er es nicht ideal findet, dass jetzt erneut Kosten für Investitionen bei der Schwimm- und Sporthalle anfallen. Man hat in den letzten Jahren immer wieder ein wenig investiert. Der Votant hätte sich gewünscht, dass man mit der Gesamtsanierung vorwärts gemacht hätte und das Projekt bereits vorliegen würde. Er findet, es dürfe nicht sein und das hofft er auch, dass durch die Zwischeninvestitionen der Gesamtumbau nach hinten geschoben wird. Er hofft, dass es hier und auch in anderen sportlichen und kulturellen Projekten künftig vorwärtsgeht. Daher empfiehlt er dem Einwohnerrat, den Investitionskredit anzunehmen.

Stefan Gubelmann, SVP signalisiert, auch die SVP genehmige den Investitionskredit von 1,27 Mio. Franken für die Gewährleistung eines sicheren Betriebs der Schwimm- und Sporthalle Spiegelfeld. Die Fraktion weist aber ganz klar darauf hin, dass die Kosten nicht höher sein sollen als die Investitionssumme plus 10 Prozent. Ausserdem ist darauf zu achten, dass die Gesamtsanierung nicht erst in 10 Jahren erfolgt, sondern zeitnah ausgeführt wird. Ansonsten geht die Fraktion davon aus, dass in nächster Zeit noch weitere, kostenaufwändige Reparaturen erfolgen werden. Ebenso ist darauf zu achten, dass eine intakte und funktionierende Schwimm- und Sporthalle gewünscht wird und kein Flickenteppich eines Bauwerks. Ansonsten kommt ähnliches hinzu und wenn man dort immer wieder nachsanieren muss, wird es die Gemeinde in den nächsten Jahren unnötige Millionen kosten.

Aline Glaser, Grüne/EVP findet, es wurde bereits viel gesagt. Sie hält daher einfach fest, dass die Grünen/EVP dem Antrag des Gemeinderats zustimmen. Sie finden es gut, dass es eine PV-Anlage geben wird. Die Fraktion wäre einfach dankbar, wenn bei einer Gesamtsanierung eine Speicherbatterie in

Erwägung gezogen werden würde. Das hat aber noch etwas Zeit.

Gaida Löhr, SP schliesst sich all ihren Vorredner/innen an. Sie ist sehr froh, dass alle bedauern, dass nicht bereits eine Gesamtsanierung beantragt wird. Die Votantin möchte daran erinnern, dass man im Rat vor einer für sie gefühlten Ewigkeit die Gesamtsanierung beschlossen hat und seither liegt sie auf Eis. Es ist schön, dass nun etwas stattfindet. Noch schöner wäre es, wenn es eine Gesamtsanierung wäre. In diesem Punkt schliesst sie sich allen an. Bzgl. Kosten möchte die Rednerin anmerken, dass die Turnhalle für 300 000 Franken im Jahr vermietet wird. In vier Jahren ist dieser Betrag an und für sich vom Kanton bezahlt. Sie findet es relativ peinlich, dass man für 300 000 Franken eine Turnhalle in einem schlechten Zustand vermietet, in welcher die Kinder spielen. Die Votantin würde gerne nachfragen bzgl. der Miete, die für sie sehr hoch tönt. Ist das für die Turnhalle oder ist dort die Nutzung des Sportplatzes und der Schwimmhalle inbegriffen? Wann kann man realistischer Weise mit einer Gesamtsanierung rechnen? Denn geplant ist sie ja bereits seit Ewigkeiten. Die SP stimmt dem Investitionskredit zu.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP ist froh, dass der Investitionskredit auf eine gute Aufnahme im Rat stösst. Der Gemeinderat und der Votant persönlich sind absolut überzeugt, dass man dies jetzt machen und jetzt handeln müsse. Die FDP-Fraktion hat vorhin erwähnt, dass es etwas seltsam sei, wenn man jetzt von Dringlichkeit spreche. Entweder sei es dringlich und dann schliesse man oder es sei eben nicht dringlich und dann habe man auch noch Zeit für eine Beratung in der BPK. Es gibt aber noch einen anderen Aspekt. Der Gemeinderat ist der Ansicht, jetzt sei der Moment zu handeln, um den Zug noch zu erwischen. Wenn man jetzt handelt, erwischt man den Zug noch. Wenn man jetzt nicht handelt, ist er abgefahren und dann muss man vielleicht wirklich die Massnahmen treffen, die sich niemand in diesem Saal wünscht. Dann muss man möglicherweise plötzlich sofortige Schliessungen machen, weil es nicht mehr sicher genug ist oder irgendwelche Notmassnahmen werden nötig, die dann wesentlich teurer werden würde, als wenn man es jetzt sorgfältig planen kann.

Zur Dringlichkeit kann man sagen, dass man heute ein Dach hat, das undicht ist. Jeder, der ein Haus oder eine Wohnung mit einem undichten Dach hat, weiss, dass man handeln muss. Es ist kein Zustand, wenn man Kübel aufstellen muss, wenn dort Schulen Sportunterricht haben. Es wurde gesagt, der Kanton bezahlt 300 000 Franken für die Nutzung dieser Halle für die Sekundarschule und das Gymnasium Oberwil. Es ist kein Zustand, wenn man plötzlich Kübel aufstellen muss, weil das Wasser runtertropft. Diese Situation hat man und da muss gehandelt werden. Wenn man so etwas hat, ist klar, je länger man wartet, desto teurer wird es. Denn das Dach wird nicht besser, sondern schlechter und der Boden leidet natürlich auch. Das ist offensichtlich. Am Boden gibt es zusätzliche Sicherheitsrisiken, weil er in die Jahre gekommen ist. Man redet hier von 12 Jahren intensiver Nutzung. Es gibt Unebenheiten, die im Moment gerade noch gehen, aber man möchte das Risiko nicht eingehen. Der Gemeinderat möchte sicher nicht, dass es dort Unfälle gibt. Das würde dann nochmals teurer werden. Im Moment, wenn man jetzt handelt, könnte man dies verhindern. Es ist klar, das wurde von Marco Giani angetönt, dass die Gemeinde Binningen nicht in die Situation kommen sollte, dass sie marode Sportanlagen hat. Das will der Gemeinderat nicht. Die Gemeinde kann und will es sich leisten, dass die Sportanlagen in einem guten Zustand sind und man sie auch wirklich nutzen kann. Mit dieser Vorlage kann man die Schwimm- und Sporthalle für weitere 10 Jahre gut nutzen. Die Schule ist in der Halle, aber auch die Vereine und der freiwillige Schulsport. All diese Personen nutzen die Halle. Bei der Schwimmhalle ist es so, dass man die Ersatzteile nicht mehr erhält. Man erhält sie bei der Beleuchtung der Halle nicht mehr, daher muss die Beleuchtung, die ungenügend ist, gewechselt werden. Man erhält sie auch bei der Wasseraufbereitung nicht mehr. Es ist Zeit, dort etwas zu investieren und etwas zu machen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass es auch sinnvoll ist, jetzt schnell vorwärts zu machen. Die Idee ist ja, das ist in der Vorlage aufgeführt, dass man die Arbeiten bereits 2026 durchführt und dann bis im Sommer fertig sein sollten, denn dann braucht man die Dreifachhalle für die Schülerinnen und Schüler des Meiriacker Schulhauses. Dort beginnt dann die Sanierung und diese Schüler/innen kommen dann nach unten. Die Gemeinde hat jedes Interesse daran, vorwärts zu machen, damit man die Halle für die

Schülerinnen und Schüler aus dem Meiriacker Schulhaus wieder gebrauchen kann. Gaida Löhr hat noch Fragen zur Miete gestellt, die der Kanton zahlt, was in den 300 000 Franken inbegriffen ist. Der Votant hat dies abgeklärt. Der grösste Teil, ca. 90 Prozent, ist für die Dreifachturnhalle. Es sind aber auch Aussensportanlagen inbegriffen. Die Aussensportplätze werden in dieser Vereinbarung namentlich genannt, aber z.B. auch die Weitsprunganlage und die Tartanbahn. Zudem wird die Nutzung der Schwimmhalle abgegolten für Schwimmunterricht der Klassen. Dort gibt es einen genauen Tarif – er meint, es seien 80 Franken pro Stunde – und dann gibt es einen Pauschaltarif für Klassen. Das ist abgegolten. Von den Gesamtbeträgen her macht aber die Halle ca. 90 Prozent von den 300 000 Franken aus.

Hubert Steffen, SVP ist etwas erstaunt über das Geschäft. Es gibt einen viel diskutierten Investitionsplan, in dem das Hallenbad mit einer Investitionssumme von rund 30 Mio. Franken für den Zeitraum von 2025 bis 2030 aufgeführt ist. Jetzt wird das Projekt offenbar 10 Jahre nach hinten verschoben. Die Investitionen in die Zukunft haben auch eine Steuererhöhung von 2 Prozent ausgelöst entgegen dem Wille der SVP. Wie können all die Planungserfolgsrechnungen und zukünftigen Finanzierungen überhaupt noch stimmen? Es ist ihm auch nicht klar, was gemeint ist. Im Budget 2024 waren Investitionen von je 500 000 Franken für das Hallenbad vorgesehen. Nach seiner Rechnung wurde damals kein Franken investiert. Dort war u.a. auch das Dach aufgeführt. Was passiert nun mit den Investitionen, die im Budget 2024 aufgeführt waren? Der Redner erwartet vom Gemeinderat, dass die seinerzeitige, unbegründete Steuererhöhung von 2 Prozent wieder rückgängig gemacht wird.

Charlotte Marti, SVP ist überrascht zu hören, dass man im nächsten Jahr anfangs und danach die Kinder vom Meiriacker nach unten kommen. Für sie stellt sich die grosse Frage: Was passiert mit den Personen, die die Halle jetzt nutzen, die sie gemietet haben und damit planen? Jetzt heisst es plötzlich, die Kinder vom Meiriacker kommen in die Halle. Das ist für die Votantin eine Frage, die sie gerne beantwortet hätte, auch gegenüber den Schülerinnen und Schülern der Sekundarschule, die das Anrecht haben, die Infrastruktur in Binningen zu nutzen, ob sie es zahlen oder nicht. Sie wäre froh um eine Antwort.

Leon Behrends, FDP würde gerne einen Apell als kurze Replik an den Gemeinderat richten. Er würde sich, falls möglich, wünschen, dass der Gemeinderat in Zukunft nicht kurz vor knapp auf den Zug rennt und den Einwohnerrat so in seinem Handlungsspielraum einschränkt, sondern lieber fünf Minuten davor am Gleis ist, damit der Rat allenfalls z.B. in einer Kommission über solche Geschäfte weiterphilosophieren kann. Er findet, die Sitzungsgelder sollten den Kommissionsmitgliedern vergönnt sein.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP bedankt sich für die durchaus berechtigten Fragen. Auf die Gesamtsanierung ist er bei seinem ersten Votum noch nicht eingegangen. Es ist richtig, dass in der Investitionsplanung ein Betrag eingestellt wurde. Das sind seines Wissens 30,3 Mio. Franken, die z.T. auch schon vorfinanziert sind. Der Betrag ist nach wie vor da. Wenn man die heute vorliegenden Investitionen macht, kann man die Gesamtsanierung nach hinten schieben. Aber es ist dem Gemeinderat bewusst und dem Votanten persönlich auch ein Anliegen, dass die Gesamtsanierung nicht auf den «Sankt-Nimmerleins-Tag» nach hinten verschoben wird. Das ist ganz klar, denn je weiter man das Ganze nach hinten schiebt, desto eher fallen solche Kosten an. Wenn etwas ausfällt, muss man es ersetzen. Vielleicht noch zum Finanzmechanismus: Der heute vorliegende Kredit wird vom Investitionskredit von 30,3 Mio. Franken, der in der Finanzplanung eingestellt ist, in Abzug gebracht. Es ist nichts Zusätzliches. Es ist richtig, es wurde bereits geplant und es werden noch weitere Optionen geprüft. Aber irgendwann ist der Planung auch Genüge getan und dann muss man handeln. Dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, dass man auch diesen Schritt in Angriff nimmt und im Grossen weitermacht. Auch hier gilt: Wenn man es immer weiter nach hinten schiebt, wird es natürlich nicht billiger.

Der zuständige Gemeinderat möchte sich noch zu einzelnen Fragen äussern. Die Investitionen 2024 wurden z.T. nicht gemacht. Das waren Sachen, die man dann jetzt machen wird. Gewisse Sachen in der Schwimmhalle, die angefallen sind und ersetzt werden mussten, mussten auch schon vorgezogen werden. Zur Frage bzgl. Meiriacker: Die Dreifachturnhalle ist im Moment nicht voll ausgelastet. Die

Gemeinde ist mit dem Kanton im Gespräch und es ist möglich, dass man – die Gemeinde ist in einem guten Einvernehmen mit dem Kanton –, die Schülerinnen und Schüler des Meiriacker Schulhauses dorthin holen kann. Darüber ist der Gemeinderat sehr froh. Natürlich ist die Gemeinde auch im Gespräch mit den Vereinen. Vor den Sommerferien wurde ein runder Tisch durchgeführt, bei welchem die Bedürfnisse der Vereine abgeholt wurden. Klar ist die Situation durch die Schulhausbauten für die Vereine schwieriger, weil gewisse Flächen wegfallen. Das ist allen bewusst. Aber die Gemeinde tut ihr Bestes, um den Vereinen, wenn möglich, irgendwo noch Flächen anzubieten, indem die Auslastung optimiert wird. Es gibt im Bereich Spiegelfeld, das weiss er, für gewisse Vereine, die z.B. mit der Sanierung des Meiriacker Schulhauses Probleme haben, die Möglichkeit, dass sie diese dort in dieser Übergangsphase wenigstens zum Teil kompensieren können.

Für *Charlotte Marti, SVP* ist die Frage damit nicht ganz beantwortet. Der Kanton bezahlt, wie die Anwesenden gehört haben, 300 000 Franken im Jahr. Nun heisst es, die Schülerinnen und Schüler des Meiriacker Schulhauses kommen runter. Das versteht die Votantin auf eine gewisse Art. Sie versteht einfach nicht, wo die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule hingehen, die bereits heute in der Halle turnen. Wohin verschiebt man die? Was passiert mit ihnen? Das sind unsere Schülerinnen und Schüler, auch von Binningen. Sie findet, sie haben das Anrecht, auch an einem Ort zu turnen.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP war möglicherweise etwas zu unpräzise in diesem Punkt. Das geht miteinander, da die Halle heute nicht voll ausgelastet ist. Sie wird auch noch für den freiwilligen Schulsport genutzt, nicht nur für den obligatorischen. Es gibt zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten, die man für die Schülerinnen und Schüler des Meiriacker Schulhauses ins Spiel bringen kann. Die Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule und des Gymnasiums werden nicht an einen anderen Ort verschoben. Sie werden weiterhin dort den Sportunterricht ausüben können.

Hubert Steffen, SVP hat noch eine Verständnisfrage. Gemäss Budget wurden zweimal 500 000 Franken für Sanierungskosten eingestellt. Gemäss Rechnung wurde kein Franken investiert. Die 500 000 Franken sind demnach noch offen. Nun ist plötzlich alles sehr dringlich. Die Bauteuerung etc. steigt stetig. Am Schluss wird alles viel teurer als ursprünglich geplant. Wieso wartet man immer so lange zu, bis man die Investitionen ausführt?

Gaida Löhr, SP möchte Charlotte Marti unterstützen. Wenn die Dreifachturnhalle dreifach genutzt wird, dann ist sie lausig. Wenn der zuständige Gemeinderat sagt, sie sei nicht voll ausgelastet, dann heisst das, so nimmt sie an, dass nicht gleichzeitig drei Klassen in der Halle sind. Wenn drei Klassen drin sind, dann haben die, die in der Mitte sind, nicht eine feste Wand. Das heisst, sie können viele Sachen überhaupt nicht machen. Wenn man die Turnhalle nun zusätzlich mit Schüler/innen des Meiriacker Schulhauses belastet, wird das nicht besser. Die Rednerin sieht ein, dass es vielleicht sein muss. Sie würde es aber nicht einfach weg reden im Sinn, dass es noch gut Platz hat. Es hat höchstens knapp Platz.

Gemeinderat Marc Schinzel, FDP kann zum Votum von Hubert Steffen Folgendes sagen: Ja, man setzt dann vielleicht die Investition ein. Aber die Investitionen, die jetzt getätigt werden, sind das, was jetzt nötig ist. Wenn man der Investitionsausgabe heute zustimmt, dann werden diese Investitionen jetzt gemacht. Dann ist man zumindest mit diesen Massnahmen bis zum Sommer 2026 durch und es kann ein ordentlicher, sicherer und gebrauchskonformer Betrieb sichergestellt werden.

ABSTIMMUNG

Genehmigung Investitionskredit: 33 JA / 2 Enthaltungen (Abstimmung 16)

://: Der Einwohnerrat genehmigt für die Massnahmen zur Gewährleistung eines sicheren Betriebes der Schwimm- und Sporthalle Spiegelfeld einen Investitionskredit über 1 270 000 Franken (+/- 10%, inkl. MWST).

Traktandum 7

Gesch. Nr. 68

Rückständebericht 2025

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Rahel Amacker, Mitte/GLP dankt dem Gemeinderat namens ihrer Fraktion für den Rückständebericht. Sie möchte nur kurz zwei Punkte ansprechen. Erstens nimmt die Mitte/GLP zur Kenntnis, dass ein Hauptthema immer noch die hängigen Vorstösse der Hauptstrasse sind. Es ist und bleibt ein wichtiges Anliegen in Binningen. Es ist nicht zufriedenstellend, dass der Kanton die Aufwertungsarbeiten erst für 2028 in Aussicht gestellt hat. Hier ist der Handlungsspielraum des Gemeinderats aber begrenzt. Als Zweites möchte sie die ausführliche Antwort zu den Südanflügen des Euro Airports erwähnen. Es gibt einen etwas genaueren Einblick in die aktuelle Lage, welche nach wie vor unbefriedigend ist. Die Fraktion hofft, dass die Gemeinde Binningen gemeinsam mit den Nachbargemeinden und den beiden Kantonen Basel-Stadt und Baselland an diesem Problem dranbleibt und dankt dafür.

Karin Glaser, Grüne/EVP spricht dem Gemeinderat ihren Dank für den Rückständebericht aus. Tatsächlich enthält der Bericht Postulate, die nicht mehr ganz so aktuell sind. Aber es gibt auch hochaktuelle Postulate und Motionen, z.T. mehrere zu ähnlichen Themen, die auch schon älter sind. Was immer aktuell bleibt, ist die Flughafenproblematik. Gerade in den letzten Wochen waren die Südanflüge hochaktuell. Auch die Hauptstrasse ist eine never ending story, da es sich um eine Kantonsstrasse handelt. Dazu haben die Grünen/EVP schon lange ein Postulat offen bzgl. Begründung. Die Fraktion hofft, dass dieses dann tatsächlich berücksichtigt wird, wenn die Hauptstrasse in Angriff genommen wird. Kurz: Die Grünen/EVP nehmen den Rückständebericht zur Kenntnis.

Jonathan Noack, SP erklärt, auch die SP bedanke sich für den Rückständebericht und nehme ihn zu Kenntnis. Der Redner möchte die Voten seiner Vorrednerinnen nicht nochmals wiederholen. In diesem Sinn nimmt die Fraktion den Bericht zur Kenntnis und dankt.

Marco Giani, FDP schliesst sich dem Dank für den Rückständebericht an. Die FDP nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Christian Schmid, SVP möchte festhalten, dass die meisten Sachen, die im Rückständebericht enthalten sind, in den Augen der SVP nicht wirklich Aufgaben des Staats sind. Nur vier Themen betreffen wirklich staatliche Aufgaben. Das findet die Fraktion schade. Sie möchten, wie immer, einen schlanken Staat.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

://: Der Einwohnerrat nimmt den Rückständebericht 2025 inkl. der Beilage «weitere Aufträge des Einwohnerrats» zur Kenntnis.

Traktandum 8

Gesch. Nr. 49

Interfraktionelles Postulat: Energiestrategie

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Sirin Hauri, Grüne/EVP dankt dem Gemeinderat namens ihrer Fraktion für die Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen. Man spürt schon jetzt ganz deutlich die Auswirkungen der Klimakrise und jedes «Milli-Grad» weniger, das erreicht werden kann, ist wichtig. Natürlich ist Binningen eine kleine Gemeinde in einem kleinen Land entgegen einem globalen Problem. Aber alle kleinen Länder, oder in diesem Fall alle kleinen Gemeinden, zusammen haben dann eben doch so viel Einfluss wie die Grossen, v.a. wir, die so viele Ressourcen im In- und Ausland brauchen. Im Moment scheint es so, dass die Bereitschaft zur Veränderung im Kleinen fast grösser ist als im Grossen. So war zwar eine Mehrheit der Stimmbevölkerung für das Klimaschutzgesetz, die Umsetzung wird jetzt aber im Parlament und vom Bundesrat verzögert. Umso mehr muss man im kleinen Rahmen, in dem man etwas bewirken kann, auch aktiv werden. Also ja: Wenn die Rahmenbedingungen des Kantons uns so einschränken, dass wir nur Netto-Null 2045 erreichen können, dann ist es so. Vielleicht gibt es ja auch eine Signalwirkung an den Kanton oder an andere Gemeinden. Vielleicht. Wichtig wäre natürlich auch, dass nicht vor lauter planen und besser planen, der Plan, der jetzt am Laufen ist, gar nicht umgesetzt wird. Dieser ist nämlich auch schon ziemlich gut. In diesem Sinn vielen Dank an alle, die ihr Bestes tun, damit es vorwärts geht mit dem Klimaschutz. Die Grünen/EVP sind für die Überweisung des Postulats.

Felix Gerber, Mitte/GLP bedankt sich beim Gemeinderat für die Empfehlung zur Überweisung des Postulats. Wie Sirin Hauri bereits sagte, braucht es Anstrengungen auf allen Ebenen. Der Votant findet es wichtig, dass sich die Gemeinde nicht hinter kantonalen Vorgaben versteckt, sondern proaktiv versucht auszuloten, was innerhalb dieser Rahmenbedingungen machbar ist. Die Mitte/GLP unterstützt die Stossrichtung. Sie möchte nicht unrealistische Ziele verkünden, die man danach nicht erreichen kann, sondern dass man es sauber macht und schaut, was für die Gemeinde wirklich drin liegt. Damit unterstützt die Fraktion die Überweisung des Postulats.

Roman Oberli, SVP findet, man sollte ehrlich sein, wie es auch schon im Bericht stehe. So wie man heute unterwegs ist, ist das Erreichen des Ziels von Netto-Null 2050 bereits relativ unrealistisch. Es ist aber noch viel unrealistischer, dieses Ziel nach unten zu senken. Man muss dabei sehr wohl auf die Gesamtzusammenhänge schauen. Wenn man sieht, was auf der Welt sonst so passiert, wie die europäischen Nachbarländer alle abkehren und zurück zu Verbrennern gehen, dann ist das, was wir machen können nicht einmal ein Fliegenfurz. Der Redner ist der Meinung, man müsse schauen, dass man langsam wieder in eine wirtschaftliche Lage komme, in der wir unseren Wohlstand sichern können und nicht, wie wir die Leute noch mehr einschränken können. Wie es vorhin erwähnt wurde, kann dies jeder im Privaten tun.

Lewin Lempert, SP äussert, der Klimaschutz ist und bleibt ein zentrales Anliegen unserer Generation,

unserer aktuellen Gesellschaft. Ein Hitzesommer jagt den nächsten, Permafrost taut und die Meeresspiegel steigen. Es ist klar, dass man das globale Klima nicht in der Gemeinde Binningen retten kann. In diesem Punkt ist der Votant mit Roman Oberli einverstanden. Aber, und das ist ein grosses aber, eine Herausforderung wie den Klimawandel kann man nur gemeinsam schaffen und da braucht es alle. Es braucht die Gemeinden, die Kantone, den Bund und es braucht am Schluss die internationale Gemeinschaft. Nur, weil unser Beitrag zum globalen Klimaschutz verhältnismässig klein ist, heisst das nicht, dass wir nicht auch handeln müssen. Daher findet er es sehr begrüßenswert, dass der Gemeinderat das Postulat zur Annahme empfiehlt. Die SP ist überzeugt, dass es Massnahmen auf kommunaler Ebene gibt, die sinnvoll umgesetzt werden können und die auch in einer Kosten-Nutzen-Rechnung nicht völlig unverhältnismässig sind. Heute Abend gab es mehrere Geschäfte, bei denen z.B. zusätzliche PV-Anlagen bewilligt wurden. In diesem Bereich kann man noch weitergehen. Man kann im Bereich E-Mobilität weitergehen. Man kann im Bereich Heizungssanierungen bzw. Wärmeverbund weitergehen und, und, und. Dies gilt es mit diesem, sehr breit abgestützten Postulat zu prüfen. Es würde den Redner freuen, wenn der Vorstoss heute Abend überwiesen werden würde.

Leon Behrends, FDP legt dar, die FDP spreche sich gegen die Überweisung dieses Postulats aus. Der Klimawandel ist ein internationales Problem. Deswegen muss man diesem Problem auch auf internationaler Ebene begegnen. Auf Gemeindestufe globale Strategien und Ziele zum Klimaschutz auszuarbeiten, findet er falsch. Unsere Aufgabe ist v.a. die effiziente Umsetzung von Zielvorgaben von höheren Instanzen. Der Votant hat für sich versucht, die Thematik durch eine Milchbüchlein-Rechnung einzuordnen. Laut dem Bundesamt für Umwelt stösst ein durchschnittlicher Schweizer 13 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Jahr aus. Gerechnet auf die 16 000 Binningerinnen und Binninger sind es knapp 210 000 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Jahr. Das sind 0,00039 Prozent des weltweiten Ausstosses von CO₂-Äquivalenten. Wenn man diesen nun schneller oder sogar komplett einspart, hat man einen vernachlässigbaren Effekt auf den Klimawandel bei gleichzeitig hohen Kosten. Und falls es doch kostengünstige Klimaschutzmassnahmen gäbe, wäre sich die FDP sicher, dass der Gemeinderat diese auch innerhalb der bisherigen Energiestrategie schnellstmöglich umsetzen würde. Schliesslich ist 2050 nicht der frühestmögliche Zeitpunkt, um das Ziel Netto-Null zu erreichen, sondern der spätestmögliche. Deswegen ist die Fraktion der Meinung, dass man sich die Antwort des Gemeinderats sparen könne, denn nachhaltiges Wirtschaften und Ressourcen schonen zählt nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Finanzen der Gemeinde. Gerne würde der Redner noch kurz auf Sirin Hauri antworten. Sie hat von einer Signalwirkung gesprochen. Er fragt sich, was es für ein Signal sendet, wenn die Gemeinde vermeintlichen Klimaschutz betreibt, der viel kostet, und dem Klima am Schluss nichts bringt. Ob dies eine andere Gemeinde als Beispiel nehmen wird, wagt er zu bezweifeln.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die mehrheitlich positiven Rückmeldungen. Es ist ihr wichtig, dass der Gemeinderat das macht, was er im Postulat schreibt. Schauen, was möglich ist und dazu gehört auch die Frage, was es kosten würde und mit welchen Aufwänden es verbunden wäre. Wenn das Postulat überwiesen wird, läuft man nicht blindlings in einen Aktivismus, sondern es wird geschaut, was mit welchem Aufwand, welchen Ressourcen und welchem Ergebnis möglich ist. Aus Sicht der Votantin ist das Thema Klimaschutz ein Thema, das es verdient, dass man es seriös prüft und nicht einfach von vornherein abtut mit der Bemerkung, es sei 0,00000 – sie weiss nicht, wie viele Nullen es waren. Das ging ihr zu schnell – Prozent des ganzen Klimawandels. Letztlich geht es um ein Thema, das uns alle immer wieder beschäftigt. Man hat es heute Abend immer wieder gehört. Es geht auch um die Aufenthaltsqualität. Wenn man im Kleinen Massnahmen ergreifen und umsetzen kann, dann kann lokal die Aufenthaltsqualität für die Binningerinnen und Binninger hier verbessert werden. Das ist etwas, das uns allen zu Gute kommt. Dass man hier nicht den weltweiten Klimawandel verhindern bzw. bekämpfen kann, ist klar. Aber sie glaubt, man dürfe nicht meinen, dass man mit Massnahmen nicht die Aufenthalts- und Lebensqualität hier in Binningen verbessern könne. Wenn eine Auslegeordnung gemacht wird, dann weiss man, was man machen kann und was man bereit ist zu machen. Dann kann aufgrund einer fundierten Grundlage eine Entscheidung gefällt werden. Das ist das, was der Gemeinderat mit dieser Überweisung möchte.

Christian Schmid, SVP teilt mit, um noch ein kleines Zahlenbeispiel zu nennen und um die Relationen zu bekommen, hochgerechnet stösst die Gemeinde ca. 86 000 Tonnen CO₂ aus. Wenn man dies mit dem täglichen Zuwachs des CO₂-Ausstosses von China im Jahr 2023 vergleicht, das waren 2,95 Mio. Tonnen pro Tag, heisst dies, dass der Ausstoss Binningsens in einem gesamten Jahr einem Dreiundvierzigstel des Zuwachses des CO₂-Ausstosses von China pro Tag im Jahr 2023 entspricht. Wenn man sich dies vor Augen führt resp. den Ausstoss heute auf null reduzieren würde, dann wäre dies in ein paar Minuten mit dem Zuwachs von China bereits kompensiert. Ob dies eine effiziente Verwendung von Ressourcen ist, wenn man in Binningen noch das kleinste Minidetail durch den Staat optimieren will, kann jeder selbst beurteilen. Die SVP denken auf jeden Fall, dass es ein Thema ist, dass man im Privaten sicher effizienter und nachhaltiger gestalten kann, als wenn man es dem Staat abgibt.

Rahel Amacker, Mitte/GLP erklärt, die Schweizer Stimmbevölkerung habe sich in der Verfassung das Ziel gesetzt, Netto-Null bis 2050 zu erreichen. Das ist ein Auftrag. Es ist auch ein Auftrag an das Binninger Parlament, an alle Gemeinden, alle Kantone und den Bund. Dafür braucht es ihrer Ansicht nach eine vorausschauende Politik und eine Politik, die Verantwortung und Solidarität hochhält. Wir in Binningen haben andere Gegebenheiten als andere Gemeinden. Wir haben Gegebenheiten, die etwas einfacher sind, um Netto-Null bis 2050 zu erreichen. Wir haben die Ressourcen und Kapazitäten, einiges auszuprobieren. Daher glaubt sie, es sei in Binningen möglich, auszuprobieren und zu schauen, wie man dahin kommt. Wie es die Gemeindepräsidentin gesagt hat, geht es um eine Auslegeordnung. Zahlenbeispiele kann man so viele nennen, wie man will. Da müsste man vielleicht auch noch die importierten Emissionen miteinrechnen, aber natürlich sind es Relationen. Wir haben ein Ziel, welches sich die Bevölkerung gesetzt hat und daraus ergibt sich ein Auftrag, der auch für uns in Binningen gilt.

Sirin Hauri, Grüne/EVP möchte Roman Oberli entgegnen, wenn er sagt, es gehe darum, den Wohlstand zu sichern. Sie ist der Ansicht, man könne den Wohlstand nicht sichern, wenn man den Klimaschutz ignoriere. Katastrophen werden vor der Schweiz nicht Halt machen. Wenn es der ganzen Welt schlecht geht, kann es der Schweiz nicht als Insel gut gehen. Das ist das eine. Das andere ist, dass Prävention immer günstiger ist, als die Krankheiten auszubaden. Sie macht hier keine Rechenbeispiele, aber es handelt sich um einen Faktor von mind. drei bis möglicherweise 50. Das kann vermutlich niemand ausrechnen.

Lewin Lempert, SP kann es nicht stehen lassen, dass heute Abend nur von der rechten Seite Zahlenbeispiele genannt wurden. Daher muss er auch noch eins machen. Der Redner möchte das Beispiel von Christian Schmid korrigieren. Man muss natürlich berücksichtigen, dass in China 1,4 Milliarden Menschen leben. In Binningen sind es 16 000. Das scheint ihm der Unterschied, warum es in der Relation zu grossen Zahlen kommt. Der Pro-Kopf-Ausstoss von Binnigerinnen und Binnigern ist höher, als der von Chinesinnen und Chinesen.

Roman Oberli, SVP äussert an Sirin Hauri gerichtet, entweder sollte man solche Probleme im ganz Grossen lösen oder im ganz Kleinen. Was passiert, wenn man auf Gemeinde- oder Stadtebene eingreift? Das ist seiner Ansicht nach falsch. Als Beispiel nennt er die Stadt Zürich, die vorschreibt, wenn man an Ausschreibungen z.B. als Baugeschäft mitmachen möchte, muss xy Prozent der Auto-Flotte aus Elektro-Autos bestehen. Das ist eine ideologische Vorgabe. Es gibt andere, saubere Verkehrsmittel, die man nutzen könnte. Alleine durch solche, vorgelenkten Vorgaben wird in die Wirtschaftsfreiheit und selbstverständlich auch in den Wohlstand von uns allen eingegriffen.

Präsident Thomas Haefele, FDP hat den Eindruck, die Meinungen seien gemacht. Es wird zu diesem Thema keine Einigung zwischen der linken und der rechten Ratsseite geben. Er schlägt vor, die Anwesenden diskutieren das nachher beim Apéro weiter. Gibt es noch neue, relevante Argumente, die die Ratsmitglieder einbringen möchten?

Christian Schmid, SVP wollte nur kurz zu seinem Zahlenbeispiel anmerken, dass China 2023 im Schnitt

einen CO₂-Ausstoss von 9,24 Tonnen pro Kopf hatte. Der durchschnittliche Binninger hatte, wenn man dies approximiert, einen CO₂-Ausstoss von rund 2 Tonnen. Das heisst, ein Chinesischer Bürger hat pro Kopf ca. 4,5 Mal so viel CO₂ ausgestossen, wie der durchschnittliche Binninger.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 23 JA / 12 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 17)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat überweist das Postulat an den Gemeinderat und beauftragt ihn, zu prüfen und zu berichten.

Traktandum 9

Gesch. Nr. 54

Postulat Mitte/GLP: Ausbau der öffentlichen E-Ladestationen in der Gemeinde Binningen

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Traktandum 10

Gesch. Nr. 55

Postulat Mitte/GLP: Bedarf an öffentlichen Toiletten im Dorfzentrum Binningen

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Traktandum 11

Gesch. Nr. 66

Interpellation C.D. Maier, FDP: Interessenbindung Areal Spiesshöfli

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Interfraktionelles Postulat: Vertretungsregelung Einwohnerrat

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Traktandum 13

Postulat St. Siegel, SVP: Vandalismus

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Traktandum 14

Interpellation FDP: Rücksichtsloses und gefährliches Parkieren der E-Zweiräder

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Traktandum 15

Interpellation St. Siegel, SVP: Budgetneutralität Überbrückungszahlungen

BESCHLUSS

://: Verschieden.

Traktandum 16

Motion Mitte/GLP: Biodiversität im öffentlichen Raum stärken

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 17

Gesch. Nr. 52

Interpellation R. Büchelín, SP: Ranger/in

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Diversa

Einwohnerratspräsident Thomas Haefele, FDP teilt bzgl. der Stellvertretung des Vizepräsidiums des Einwohnerrats mit, dass Nina Eldridge diesen Herbst für mehrere Monate beruflich abwesend sein wird. Sie kann ihr Amt als Vizepräsidentin des Einwohnerrats daher nicht ausüben. Das Büro hat als Stellvertretung für das Vizepräsidium Rahel Amacker gewählt. Rahel Amacker wird für die nächsten drei Sitzungen im September, November und Dezember neben dem Präsidenten auf dem Podest Platz nehmen.

Da es keine weiteren Mitteilungen gibt, kann der Präsident die Sitzung schliessen. Es war eine enorm lange Traktandenliste. Der Rat hat es doch bis in die Hälfte geschafft. Alle Anwesenden haben heute viel gelernt oder zumindest der Votant hat dies. Er hofft, die Ratsmitglieder haben zumindest gelernt, wer die Präsidien der Spezialkommissionen bestellt. Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben heute Abend gefühlt 147 Mal «geschätzter Einwohnerratspräsident» gesagt. Er fühlt sich dadurch enorm gebauchpinselt. Vielen herzlichen Dank. Aber viel wichtiger erscheint ihm, dass einige wichtige Geschäfte verabschiedet werden konnten. Die Verabschiedung des Teilzonenplans war wichtig und freut bestimmt viele Leute auf der Bauabteilung, aber auch bei den Immobilienbesitzern, die endlich Planungssicherheit haben. *(Anmerkung: Der Einwohnerrat wird den Teilzonenplan Zentrum am 22. September 2025 in einer 2. Lesung beraten.)* Zudem wurden heute 6,8 Mio. Franken Investitionen genehmigt. Das scheint ihm auch eine relevante Zahl. Der Präsident erklärt die Sitzung damit um 22.11 Uhr für geschlossen und lädt alle Anwesenden ein, noch etwas beim Apéro zu verweilen und gemeinsam anzustossen. Er dankt für die Aufmerksamkeit und die Diskussionen und wünscht einen schönen Abend.

ER-Sitzung vom 25. August 2025

			Gesch. Nr. 63/XII						Gesch. Nr. 67	
			02	03	04	05	06	07	08	09
Nr.	Name	Fraktion	Teilzonenreglement Antrag 2a: Antrag SVP (JA) vs. Antrag FDP (NEIN)	Teilzonenreglement Antrag 2a: Antrag FDP (JA) vs. Antrag BPK (NEIN)	Beschluss Teilzonenplan Siedlung «Zentrum» mit Änderung	Teilzonenreglement Antrag 2a: Antrag FDP (JA) vs. Antrag GR (NEIN)	Teilzonenreglement Antrag 2b: Antrag BPK (JA) vs. Antrag GR (NEIN)	Aufhebung Baulinien	Beschluss neue Baulinien	Investitionsausgabe für Strassensanierung Dorenbachstrasse
1	Bertschi	EVP	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
2	Cakar	Grüne	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
7	Bräunlich	SP	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
8	Büchelin	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
9	De Fregias	SP	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
12	Löhr	SP	Enthaltung	Ja	Not voted	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
13	Müller	SP	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Not voted	Ja	Ja
14	Noack	SP	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
15	Schellenberg	SP	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
16	Amacker	Mitte	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
18	Gerber	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja
19	Jegge	Mitte	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
20	Kamber	GLP	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
21	Peter	GLP	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Nein	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja
23	Behrends	FDP	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
24	Frauchiger	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
25	Giani	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
27	Kaiser	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
28	Lancashire	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
29	Lüthi - La Roche	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
30	Maier	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
31	Schori	FDP	Nein	Not voted	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja
32	Setz	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
33	Treuthardt	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
34	Gubelmann	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
35	Kremo	SVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
36	Marti	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
37	Oberli	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
38	Schmid Fabini	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
39	Siegel	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
40	Steffen	SVP	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja

TOTAL										
Ja			7	29	35	16	15	34	36	36
Nein			25	6	0	20	20	0	0	0
Enthaltungen			4	0	0	0	1	0	0	0
			36	35	35	36	36	34	36	36

ER-Sitzung vom 25. August 2025

			Gesch. Nr. 15B					Gesch. Nr. 80		Gesch. Nr. 49
			10	11	12	13	14	15	16	17
Nr.	Name	Fraktion	Überweisung in BPK	Investitionsausgabe für prov. Aufrechterhaltung Werkhofstandort Parkstrasse	Investitionsausgabe für prov. Aufrechterhaltung Gemeindegärtnerei beim Friedhof	Investitionsausgabe für Erweiterung Sanitätsposten Bruderholzrain	Investitionsausgabe für PV-Anlage an Margarethenstrasse	Überweisung in BPK	Investitionskredit zur Gewährleistung sicherer Betrieb Schwimm- und Sporthalle Spiegelfeld	Überweisung Postulat
1	Bertschi	EVP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
2	Cakar	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
5	Hauri S.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
6	Hauri U.	Grüne	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
7	Bräunlich	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
8	Büchelin	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
9	De Fregias	SP	Nein	Not voted	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
10	Ipek Avvisati	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
11	Lempert	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
12	Löhr	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
13	Müller	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
14	Noack	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
15	Schellenberg	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
16	Amacker	Mitte	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
17	Eldridge	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
18	Gerber	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
19	Jegge	Mitte	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
20	Kamber	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
21	Peter	GLP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
22	van Loon	GLP	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Nein	Ja	Ja
23	Behrends	FDP	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Nein
24	Frauchiger	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Not voted	Enthaltung
25	Giani	FDP	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Nein
27	Kaiser	FDP	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Nein
28	Lancashire	FDP	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Enthaltung	Nein
29	Lüthi - La Roche	FDP	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Nein
30	Maier	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
31	Schori	FDP	Nein	Ja	Not voted	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
32	Setz	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
34	Gubelmann	SVP	Ja	Not voted	Ja	Enthaltung	Not voted	Nein	Ja	Nein
35	Kremo	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
36	Marti	SVP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Nein	Ja	Nein
37	Oberli	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
38	Schmid Fabini	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Not voted	Ja	Nein
39	Siegel	SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
40	Steffen	SVP	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein

TOTAL										
Ja			14	30	31	25	31	7	33	23
Nein			21	0	0	4	1	27	0	12
Enthaltungen			1	4	4	7	3	1	2	1
			36	34	35	36	35	35	35	36